

# Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Monatsentwurf pro Quartal M. 1 (ohne Beifallsgeld),  
bei Zusendung unter Kreisband M. 1,40.

Herausgeber u. verantwortlicher Redakteur: Joh. Staning, Hamburg.  
Redaktion und Expedition:  
Hamburg 5, Bremmerstraße 11, 1. Etage.

Vereins-Anzeigen  
für die dreieckshafte Petzitz oder deren Raum 30 A,  
Zettungs-Preisliste Nr. 3888.

Inhalt: Eine „königstreue Arbeiterpartei“. — Maurerbewegung: Archiv und Bibliothek. — Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen. — Eine Erinnerung an die Hamburger Sohnbewegung. — Jahresberichte der Gewerkschaften. — Versammlungen und sonstige Bewegung. — Kritische Betrachtungen zur Regierung. — Haushaltungsbudget eines Maurers in einer kleinen norddeutschen Residenzstadt. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterlager, Submissionsen etc. — Aus Unternehmertreffen. — Aus anderen Berufen. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Quittungen. — Centralverband der Maurer. — Centralanzeige. — Anzeigen.

## Eine „königstreue Arbeiterpartei“.

Die herrschenden Stände und Klassen waren von jenseits jeder selbstständigen Regung des arbeitenden Volkes, jedem selbstständigen Entschieden desselben für seine berechtigten Interessen entstiegen feindlich. Immer war ihre Absicht darauf gerichtet, das Proletariat nicht nur in wirtschaftlicher und sozialer, sondern auch in politischer Abhängigkeit von sich zu erhalten, es nach dem Rechte eines Herrenthums zu verwundern und ihrer Willkür zu unterwerfen. Diese Thatsache ist durch die ganze geschichtliche Entwicklung hindurch zu verfolgen. Immer haben die Herrschenden es den unterdrückten und ausgebeuteten Massen als ein „Verbrechen wider die Ordnung“ angesehen, wenn sie bemüht waren, sich der Vorwürfe zu entziehen. Mit dieser Thatsache hat insbesondere die moderne Arbeiterbewegung in allen Kulturländern seit ihren Anfängen zu rechnen gehabt. Trotzdem hat sie sich ausgebreitet, ist sie erstarkt zu einer Kultur macht ersten Ranges. Mit Gewalt war nichts gegen sie auszurichten. Als das die „maßgebenden“ Elemente erkannten, versuchten sie auf eine andere Praxis; sie versuchten, die klassenbewusste Arbeiterschaft in der sozialdemokratischen Partei und in der gewerkschaftlichen Organisation dadurch zu bekämpfen, daß sie ihnen die Massen der indifferenten und unaufgklärten, noch im Banne der Vorurtheile und der Unwissenheit dahinlebenden Arbeiter entgegenstellten. Seit Jahren haben wir diese Praxis gelegentlich der Streiks und der öffentlichen Wahlen wie bei anderen Anlässen kennen gelernt. Man hat zahlreiche Sonderorganisationen der indifferenten Arbeiter gegründet, wie z. B. die sogenannten „christlichen“ Arbeitervereine zu dem ausgesprochenen Zwecke, den Fortschritt der Sozialdemokratie zu verhindern und den Bestrebungen der selbstständigen Arbeiterorganisationen entgegenzuwirken. Die reaktionären Parteien, das Zentrum, die Konervative Union, haben nun schon viele Jahre hindurch den Humbug betrieben, „Arbeiterfreundschaft“ zu heucheln und zu behaupten, daß sie den Beruf haben, die „berechtigten Interessen“ der Arbeiterschaft in der Gesetzgebung und sonst im öffentlichen Leben gegenüber der Sozialdemokratie zu vertreten. Nichtsdestoweniger ist die Sozialdemokratie im engsten Zusammenhang mit der selbstständigen gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation die stärkste Partei Deutschlands geworden.

Diese Thatsache ist für die reaktionären Parteien Veranlassung gegeben, darauf zu summen und hinzuwirken, die Arbeiterschaft zu entrichten, ihr das Wahlrecht, das Koalitionsrecht, das Vereins- und Verantwortschaftsrecht, das Recht der Freizüglichkeit usw. zu rauben, in der ganz zutreffenden Voraussetzung, daß es kein Mittel gibt, die Anwendung der sozialdemokratischen Prinzipien durch immer größere Massen von Arbeitern zu verhindern.

Um so mehr hat es Aufsehen erregt, daß kürzlich der Kaiser in Breslau in einer Rede den Vorschlag machte, die Arbeiter sollten aus ihrer Mitte „königstreue“ Männer in den Reichstag entsenden, anstatt die Vertretung ihrer Interessen der Sozialdemokratie zu übertragen. Der Kaiser meinte, Jahre lang hätten die deutschen Erbauer sich durch die Agitatoren der

Sozialdemokratie in dem „Bahn“ erhalten lassen, ihr Interesse gebiete ihnen, dieser Partei anzugehören, ohne dieselbe könnten sie nichts erreichen. Das ist nun allerdings kein „Bahn“, sondern eine durchaus richtige, durch die Erfahrung bestätigte Thatsache. — Nun bemerkte der Kaiser weiter, sein Vorfahr, Wilhelm I., habe die soziale Gesetzgebung eingeleitet und durch diese Gesetzgebung sei für die Arbeiter eine gesicherte und gute Existenzbedingung geschaffen worden bis in's Alter hinein unter Aufmerksamkeit von bedeutenden Opfern für die Arbeitgeber. Das ist wiederum ein bedenklicher Irrthum. Denn diese Gesetzgebung trifft nur einige der schlimmsten Konsequenzen der modernen Produktionsweise, unter welchen die Arbeiter zu leiden haben. Der erkrankte Arbeiter wird, und zwar größtentheils, von den Mitteln, die seine eigene Klasse aufzubringen hat, für die Dauer der Krankheit unterstellt. Der durch Unfall erwerbsunfähig gewordene Arbeiter wird von der Berufsgenossenschaft der Unternehmer höchst ungern und entzweit, und immerfort sind die Unternehmer bemüht, diese Lasten auf die Arbeiter abzuwälzen. Zur Invaliditäts- und Altersversicherung zahlt die Arbeiterschaft den weitaus größten Theil in Form von regelmäßigen Beiträgen und indirekten Steuern an das Reich. Die Nöte der Arbeiter, die nicht das Unglück hat, zu erkranken, oder Unfall zu erleben, resp. invalide zu werden und das Alter nicht erreicht, von welchem ab die übrigens auch völlig ungemeinige Altersrente gezahlt wird, hat von dieser ganzen sozialen Versicherung keinen Vortheil; jedenfalls ist es unzureichend, zu sagen, den Arbeitern sei damit eine Bedingung für gesicherte und gute Existenz geschaffen worden! Diese Bedingung fehlt durchaus; nicht einmal in der dauernden regelmäßigen Beschäftigung des Arbeiters ist diese Bedingung enthalten. Weit aus die größte Mehrzahl der Arbeiter hat unter der Herrschaft des kapitalistischen Systems weder eine gesicherte, noch eine auch nur annähernd gute Existenz. Ihre Lage ist eine sehr schlechte, ja geradezu menschenunwürdige. Was hat der Arbeiter, der um elenden Hungerlohn sich abrackern muß, und was hat der arbeitslose Proletarier von unserer vielerlei sozialen Gesetzgebung?

So viel über die Nöte des Kaisers. Gewissen reaktionären Rüttungen ist dieselbe allerdings sehr gelegen gekommen, um ihre Heze gegen die Sozialdemokratie mit größerem Nachdruck fortzusetzen. So hat die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“, das Centralblatt der deutschen Arbeitgeberverbände gemeint, der Vorschlag des Kaisers sei „erstes Beachtung wert“ und zwar mit dem Hinweis darauf: „daß der bestehende Wahlmodus es der Sozialdemokratie sehr leicht mache, die Kandidaturen der Arbeitgeber immer aussichtsloser zu gestalten, und daß es daher geboten erscheine, diejenigen Elemente in der Arbeiterschaft, die bisher der sozialdemokratischen Beeinflussung noch nicht anheimgefallen sind, zu sammeln und aus ihnen eine königstreue Arbeiterpartei zu bilden.“

So „gescheit“ diese Ansicht bei oberflächlicher Betrachtung erscheinen mag, ist sie doch von einer garabegplumpen Absurdität. Denn wer fähig nicht ohne Weiteres ein, daß unter der „königstreuen Arbeiterpartei“ im Sinne der „Arbeitgeberzeitung“ nichts Anderes zu verstehen ist, als eine Schar gelehrsamster, bevorstehender Menschen, die als Statisten der Reaktion, unter dem Vorwande, sie seien „Vertreter der Arbeiterschaft“, dienen sollen! Für die „Arbeitgeberzeitung“ ist Voraussetzung, daß die „königstreue Arbeiterpartei“ nichts unternimmt, was das Unternehmershum nicht gefiehlt, daß sie ein williges Werkzeug der „Herren moral“ abgibt.

Ungebiets gibt es auch reaktionäre Organe, die von dem Versuch der Gründung einer sog. „königstreuen“ oder „reinen“ Arbeiterpartei nichts wissen wollen. So die „Hamburger Nachrichten“. Dieses ehemalige Bismarckorgan leidet sich die Dummkopfheit, zu bemerken, daß man zur Zeit „die Bedeutung der Arbeiterbewegung an sich überschreite, anstatt ihrer Entwicklung vernünftige Grenzen zu ziehen.“ Es beruft sich auf Bismarck, welcher die Arbeiterbewegung darin kritisirt habe, daß sie „das Ergebnis des seit Jahrhunderten in den Völkern wirkhaften, in der menschlichen Natur liegenden Strebens des Einzelnen sei, und zu diesem Zwecke, wenn die gesetzliche Entwicklung ihm in dieser Richtung nicht rath gemäß gehe, sie aus eigener Kraft zu fördern.“ Diese Beurteilung Bismarcks an sich ist ganz richtig. Aber derselbe Bismarck hat auch unumwunden im Reichstage erklärt — und dieses kam auch noch zur Kritik der oben erwähnten Rede des Kaisers —: „Wenn wir keine Sozialdemokratie und keine Arbeiterbewegung hätten, und wenn es nicht so viele Leute gäbe, die sich vor ihr fürchten, so würde die soziale Gesetzgebung wohl nicht in Angriff genommen werden sein.“

Die „Hamburger Nachrichten“ schließen ihre Ausführungen mit der Bemerkung, daß alle gegen die Arbeiterschaftsfeindlichkeit gerichteten Versuche, die über das ursprüngliche Programm der Sozialreform (Kranken-, Unfall- und Altersversicherung) hinausgehen, „zwielos und gefährlich“ seien. Auch die Schaffung einer „königstreuen Arbeiterpartei“ sei bedenklich. Und das ist sie in gewissem Sinne allerdings; sie ist äußerst bedenklich für die Reaktion; sie könnte in das Gegenteil von dem umschlagen, was sie sein sollte. Denn vor der sogenannten „königstreue“ macht die Erfahrung, die Erkenntnis der Arbeiter nicht halt. Im Munde unserer „staatserhaltenden“ Parteien ist das Wort „königstreue“ längst zu einer spekulativen, demagogischen Phrase geworden, die dazu dienen soll, die Entwicklung und das Fortschreiten des demokratischen Geistes zu verhindern. Dieser Geist aber bringt immer allgemein vorwärts in demselben Maße, wie die Volksmassen zum Bewußtsein ihrer natürlichen Rechte und ihrer Würde gelangen. Dagegen kann die Pflege der sogenannten „monarchischen Geltung“ ebenso wenig ausrichten wie die Geltendmachung der „Autorität“ des Kapitals und der Kirche. Für die herrschenden Klassen und Stände ist die monarchische Geltung von jeher nichts Anderes gewesen, als ein Vorwand für die Wahrung höchst materieller Interessen; das monarchische Regiment soll dazu dienen, die herrschenden Sonderinteressen gegen das Vorbringen eines neuen Rechtsbewußtseins zu verhindern. Die Monarchie im Dienste des Kapitalismus und dessen Kampf gegen die berechtigten Interessen der Arbeiterschaft — das ist die Tendenz der „monarchischen Geltung“ unserer „staatserhaltenden“ Parteien, einer reinen Zweckmäßigkeitssetzung!

Die große Frage unserer Zeit, die soziale Frage, dreht sich nicht um „königstreue“, sondern um das unveräußerbare Recht der Arbeit, um die Freiheit und Wohlfahrt des schaffenden Volkes. Die herrschenden Stände und Klassen mögen an der monarchischen Geltung interessiert sein, die Arbeiter aber haben das höchste Interesse daran. Treue gegen sich selbst, gegen ihre Klasse, gegen ihre gute und gerechte Sache zu thun. Was sie zu fordern, was sie zu streben haben, das wollen sie nicht gewährt wissen aus Gunst und Gnade irgend eines historisch berechneten Machthalters um des Preises der Unterwerfung willen — nein, sie machen ihr Recht geltend, sie erwarten die Befriedigung ihrer begründeten Ansprüche von der Gerechtigkeit und von der Geltend-

machung ihrer Überzeugung und ihres Willens. Die Sozialdemokratie und mit ihr die selbständige gewerkschaftliche Arbeiterorganisation hat keine Ursache, den Versuch der Gründung einer "königstreuen Arbeiterpartei" zu fürchten; man mache diesen Versuch, er wird ausgehen wie schon so manch' anderer derartiger Versuch, mit einem Fiasco. Die Zeit ist unwiderrücklich vorüber, in welcher man den Massen suggerieren konnte, daß sie kapitalistisch, konservativ und monarchisch gerünzt sein müssen. Für die Arbeiter gilt längst das Wort: *Selbst ist der Mann! Sie lernen immer mehr vertrauen auf die eigene Kraft.*

## Maurerbewegung.

### Archiv und Bibliothek.

Zur Verbesserung des Verbandsarchivs und um es den Zweigvereinen möglich zu machen, auch die ältesten Protokolle für ihre Bibliothek von uns erhalten zu können, brauchen wir die nachfolgend näher bezeichneten Protokolle, Schriften etc.:

1. Protokoll der Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Zimmervereins und des Allgemeinen deutschen Maurervereins im Januar 1870.
2. Protokoll der Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Maurervereins im Juli 1871.
3. Protokoll des Allgemeinen deutschen Maurervereins zu Berlin im Mai 1872.
4. Protokoll über Verhandlungen des Kongresses der Maurer- und Steinbauer des Deutschen Reichs, Deutsch-Ostreichs und der Schweiz zu Berlin im Juni 1873.
5. Protokoll der Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinbauervereins im Juni 1873.
6. Protokoll der Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinbauervereins 1874.
7. Protokoll der Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinbauerbundes zu Hamburg im Juli 1875.
8. Protokoll der Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinbauerbundes im Juli 1876.
9. 12 Briefe von Paul Grottau. Unterhaltendes für die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Maurervereins.

### 10. Statuten

- a) des Allgemeinen deutschen Maurer- und Zimmervereins 1870;
- b) des Allgemeinen deutschen Maurervereins 1871 und 1872;
- c) des Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinbauervereins 1873 und 1874;
- d) des Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinbauerbundes 1875, 1876 und 1877;

11. Flugblätter und sonstige sonstige Drucksachen und Schriften, welche in irgend einer Weise auf die Maurerbewegung in den Jahren von 1868 bis 1878 Bezug haben.

### Fachvereinszeit von 1882 bis 1891.

#### 12. Protokoll

- a) vom 1. Kongreß zu Berlin 1884,
- b). . . . Hannover 1885,
- c). . . . Dresden 1886,
- d). . . . Bremen 1887,
- e). . . . Cottbus 1888,
- f). . . . Halle 1889,
- g). . . . Erfurt 1890,
- h). . . . Gotha 1891.

13. Statistische Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Maurer Deutschlands:

- a) tabellarische Darstellung 1889,
- b) . . . . 1890,
- c) Broschüre 1890,
- d) . . . . 1892,

14. Statuten aus den örtlichen Fachvereinen in den Jahren 1882 bis 1891.

15. Flugblätter, Broschüre und sonstige Drucksachen aus der Fachvereinszeit.

### Verbandszeit.

- a) vom 1. Verbandstag zu Kassel 1892,
- b). . . . Altenburg 1894,
- c). . . . Halberstadt 1895,
- d). . . . Magdeburg 1897.

17. Statuten von 1891, 1892, 1894, 1895, 1897 und 1899. Wir ersuchen alle Zweigvereine und auch alle einzelnen Mitglieder, welche sich im Besitz einer oder mehrerer der vorgenannten Schriften befinden, uns dieselben zu überlassen und zu zuliefern. In jedem einzelnen Falle erfolgt Zurückstellung der Auslagen und auf Wunsch auch Bezahlung der Schriften.

Der Verbandsvorstand. J. A. Th. Böhnelburg.

## Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen.

Der Unternehmer Mieke in Köln a. Rh. hatte im vorigen Sommer den Maurern 48 Stundenlohn auf Ehrenwort zugestellt, glaubt jedoch, die lebige ungünstige Jahreszeit benutzen zu können, um den Lohn wieder herabzubrüllen. Er zahlt zuletzt nur noch 48 Stunden. Der Vertrauensmann der Maurer-Freier, begab sich eines Tages früh an die Baustelle Miekes, um ihn an sein Ehrenwort zu erinnern. Er traf den Herrn dort nicht an und suchte ihn dann in seinem Bureau, Metzgerstraße 40, auf, woselbst er Mieke auch noch einer Brieftaufe entzog. Mieke ging dann nochmals fort, angeblich weil er noch ein Glücks aufzufordern habe. Er forderte f. auf, solange in Bureau zu gehen, bis er wieder kommt. Er warf auf der Straße, bis Mieke in Begleitung eines anderen Herrn zurückkam. Dieser Freier begab sich dann auf's Bureau, woselbst sich seine Klage entledigte, indem er Mieke zur Annullierung des im Sommer unter Ehrenwort abgegebenen Vertrages aufforderte. Mieke entkündete dies, habt er schon mit seinen Leuten erledigt, den bei Mieke beschäftigten Maurern aufgesetzt worden, mit Hilfe über die Börnecke zu unterhandeln. Daraus Mieke: Ich komme jetzt vom Kommissar, der soll Ihnen sofort helfen mir die Leute aufzuzeigen, der wird Sie auch aus meinem Hause bringen. Gleichzeitig ergibt Mieke ein Stück Holz und mit den auf Blattgold gelochten Worten: Ich schwag dir! sagst du! drang er auf den Vertrauensmann ein. Die Frau des Unternehmers sowie der andere Herr und der Zeichner sprangen den Vertrauensmann an, sofort das Bureau zu verlassen. Dieser ging dann auch fort und zwar zur Baustelle Miekes, wo er die Maurer von dem Resultat der Unterhandlung in Kenntnis setzte. Die Hälfte der Maurer heftig sofort die Fausten, während die anderen erklärten, nach den Feierlichkeiten das Gleiche zu thun. Der Unternehmer erschien dann ebenfalls auf der Baustelle, holte einen Schlägermann herbei und ließ die Personalien f. schiffen. Auch forderte Mieke den Vertrauensmann in Gegenwart des Schlägermanns auf, sofort die Straße zu verlassen. Außerdem erfolglos, da bis jetzt noch kein Geleget besteht, was den Unternehmer das Recht giebt, Arbeiter wie Hunde von der Straße zu jagen. Der Herr raste dann noch eine Zeit lang auf der Straße umher, trautte sich jedoch nicht mehr, handgreiflich zu werden. Die Maurer haben in ihrer Dienstags, den 23. Dezember, abgehaltenen Versammlung beschlossen, über das Baugeschäft Mieke die Sperre zu verhängen. Üb'l dem Herrn zeigen, daß er nicht ungestraft Leute mit Taschenknüppeln bestimmt, wird der Vertrauensmann der Maurer Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft stellen. Inzwischen ist die Sperre wieder aufgehoben worden, da Mieke auf's Neuerlichst erklärt hat, 48 Stundenlohn zu zahlen.

Die Sperre über das Ölölöö Baugeschäft in Waren i. Mecklenb. ist aufgehoben worden. Unterhandlungen haben zur Einigung geführt.

Die Sperre verhängt wurde in Wolschmitte über die Bauten des Maurermeisters Brandes, der sich weigert, den vereinbarten Stundenlohn von 48 Stunden zu zahlen.

## Eine Erinnerung an die Hamburger Lohnbewegung

veröffentlicht ein aus Russland angeworbener "Arbeitswilliger" in der "Leipziger Volkszeitung". Er schreibt:

In der letzten ordentlichen Generalversammlung des deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugeschäft am 28. November in Leipzig erklärte der Allgemeine der Bauernversammlung zu Hamburg, Herr Lummiert, daß während des Hamburger Maurer- und Zimmervereins nicht weniger als 12 Streikbrecherunternehmer auf der Jagd gewesen seien. Es ist keine Nation vorhanden, bei der man nicht nach Arbeitswilligen gefucht habe. Herr Lummiert mußte auch zugeben, daß man sich dabei blamiert habe. Eine kräftevolle Blamage haben sich aber die Hamburger Baumeister und Zimmerer einer Seite zugezogen, von der sie am allerwenigsten das erwarteten, nämlich von den Arbeitern aus Russland. Vor einigen Tagen haben die letzten russischen Streikbrecher Hamburg verlassen. Die meisten waren schon früher, im Oktober und November, abgereist; geblieben waren nur noch einige Zimmerer. Noch schlimmere Erfahrungen als mit den Wievern machte die Innung mit den Russen, denn während die Eritter auf Riedung die Streikabfuhrten, hat die Innung den russischen Arbeitern das Reisegeld wenigstens auszuzahlen und die Papiere ausständigen müssen, auf die die Wiener Arbeiter noch heutigen Tages warten. Die Hamburger Meister hofften aus den russischen Maurern und Zimmerern eine Streikbrecherkolonne bilden zu können; man trug sich sogar mit dem Gedanken herum, ihre Familien ebenfalls nach Deutschland kommen zu lassen. Nun sind die Hoffnungen in alle Winde, denn die Arbeitswilligen aus Russland erwiesen sich als recht widerstreitige Naturen, die schon bei dem ersten Schritt, den sie auf dem Hamburger Boden traten, den Unternehmen unbestreitbare Stunden bereiteten. Sie hatten dazu auch alle Urtüche, denn die russischen Arbeiter wurden selbstverständlich nicht weniger ausgebildet als die Wiener. Die Versprechungen, die ihnen gemacht worden waren, wurden nicht eingehalten, der Lohn, den sie erhalten sollten, wurde durch verschiedene Abzüge geschrifft; man glaubte, sich ihnen gegenüber keine Rusischen aufzulegen zu müssen, so daß sie in ihrer Artigheit auf dem russischen Kontinent nahmen. In einer längeren, in russischer Sprache abgefaßten Beschwerdeschrift legten sie die Bedingungen dar, unter denen sie zu arbeiten versprochen hatten, und zeigten an einer Reihe von Beispielen, wie schmälerlich sie hintergangen worden sind. Das hiesige Leben wurde uns in den glänzendsten Farben geschildert. Schreiben sie über die Wertheitsigkeit der Agenten der Innung, eine Person könne hier mit drei Mark höchstens auskommen etc." Unsere Kräfte, ob die hiesigen Arbeiter nicht streiten, wurde fastgern verneint beantwortet. Schon unterwegs wurde unsere Lage schwierig, thießen sie in der Beschwerdeschrift weiter mit, weil nur selten einer von uns einen Groschen aus sich hatte. Das Baugeschäft war vollständig ohne Mittel, und es erwies sich, daß der Vertragsatz der Innung uns kaum so viel gegeben hatte, was der Fahrpreis bis Hamburg ausmachte." Lieber ihren Empfang in Hamburg erzählten sie: "In Hamburg wurden wir von dem Agenten Chri. Pötzlin empfangen und in das Comptoir der Innung

geleitet. Hier schloß man uns in ein Zimmer ein, nahm uns die Hände ab und verlangte die Unterschrift eines in deutscher Sprache abgefaßten Dokumentes. Wir unterschrieben, da uns der Agent mit Polizei und Gefängnis drohte, wenn wir uns erfüllen würden, bei den hiesigen Arbeitern Auflösung und Platz zu suchen, und weil wir in einem fremden Land und ohne einen Groschen Geld in der Tasche waren. Es erwies sich, daß uns neue Bedingungen aufgepäst werden sollten, die uns nur dann eingemessen würden, als uns ein Theil unserer Lohnes abgezogen wurde, ein Theil, der in manchen Fällen die Hälfte des Wochenverdienstes ausmachte. Der Abzug stand, wie das aus den befreigten Dokumenten zu erkennen ist, unter der Dede der Krantens, Alters- und Invalidengelder statt. (Eine von diesen Dokumenten weiß aus, daß man einem Zimmerer, der in der Woche 18,02 verdient hatte, M. 14,05 an Krantens, Alters- und Invalidengelder abgezogen hat.) Wir haben darüber, schreibt der Arbeit, nicht einmal eine Auflösung gehabt, wofür und zu welchem Zweck diese Gelder abgezogen werden, bis wir schließlich nach vielen Umfragen und den Gedanken kamen, was unter der Masse der Verdienstgelder steht. Es stellte sich heraus, daß die Bedingung der Kostenlosigkeit der Fahrt und des Auslandspasses von den Unternehmen nicht erfüllt wird. Nur Charakteristisch ihrer bedrückten Lage weisen die Arbeiter auf verschiedene Abschaffungen hin, unter Anderem auch auf das Fatum, daß einer ihrer Kameraden genötigt gewesen sei, zwei Nächte unter freiem Himmel zu verbringen. Die Ernährung ist schlecht und ungenügend, schreibt sie, und dabei hat es Fälle gegeben, daß uns von den Agenten für ein Mittagessen, das 60 Pf. kostet, M. 3½ abgenommen worden sind. Die hiesigen Arbeiter verfolgen uns auf Schritt und Tritt. Das ist auch zu verstehen, und wir dürfen kaum auf ein anderes Verhalten uns gegenüber einprägen erheben. Wir begreifen jetzt, in welche Lage wir die hiesigen Arbeitsengen, die für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen, durch unser Erscheinen gebracht haben. Wir würden hier nicht einen Tag länger bleiben, wenn man uns die Möglichkeit geben würde, zurückzutreten. Die Arbeiter bitten schließlich den Konzil, auch dafür Sorge zu tragen, daß die Agentenfähigkeit in Russland unterbunden wird. Der Konzil zog aber die ganze Sache in die Länge und erklärte eines Tages dann ähnlich: es sei des ganzen Angelegenheit überdrüssig. Nun versuchten die Arbeiter ihr Glück bei dem Gewerbegericht, aber auch hier wußte man sie dadurch, daß man ihnen einen langen Prozeß in Aussicht stellte, mirre zu machen, und die Unglücksfälle wären trob, wenn sie sich wenigstens das Rückgrat stärkten könnten. Doch sie für die deutschen Unternehmer Propaganda machen werden, ist nach alledem, was sie erlebt haben, wohl zu bezweifeln.

## Jahresberichte der Gauvorstände.

### Gau Lübeck.

Die Umbildung des bisherigen Agitationsbezirks in die Form eines Gau's fand am 1. Dezember 1901 statt. Die Orte Garrentin und Mülln, welche früher zum Agitationsbezirk gehörten, wurden dem Gau Hamburg zugeschlagen. Der Gau selbst ist landwirtschaftlicher Natur. Eine Ausnahme machen nur drei Orte (Lübeck, Stolp und Schwerin), wo von Landarbeit nicht die Rede sein kann. In fast allen anderen Orten ist die Landarbeit überwiegender. Es ergiebt sich daraus, daß die Agitation nur dann erfolgreich betrieben werden kann, wenn die Maurer in ihrem Wohnorte anwesend sind und sie nicht durch landwirtschaftliche Arbeit, welche nebenbei von ihnen verrichtet werden muß, um überhaupt existenzfähig zu sein, von den Versammlungen ferngehalten werden. Die allgemeine Agitation kann deshalb im Höchstgrad wirksam zu gestalten, wurde jedem Zweigverein ein bestimmter Bezirk (Zobnitzbezirk) zugeschlagen. In einigen Zweigvereinen, wo intensiv gearbeitet wurde, sind recht gute Resultate zu verzeichnen. Hoffentlich gelingt es auch in anderen Orten, die Kollegen für diese Art Agitation zu gewinnen.

Die Mitgliederbewegung im Gesamt-Gau gestaltete sich folgendermaßen:

2. Quartal 1901.....	47 Zweigvereine,	2366 Mitglieder
3. " 1901.....	48 "	2878 "
4. " 1901.....	48 "	2396 "
1. " 1902.....	50 "	2666 "
2. " 1902.....	55 "	2888 "
3. " 1902.....	58 "	2850 "

Der Rückgang im dritten Quartal ist darauf zurückzuführen, daß im Spätsommer die Konjunktur im Allgemeinen abläuft. Die freien Arbeitsträger verzehrten dann im Höchstgrad eines Tages dann ähnlich: es sei des ganzen Angelegenheit überdrüssig. Nun versuchten die Arbeiter ihr Glück bei dem Gewerbegericht, wurde jedem Zweigverein, wo intensiv gearbeitet wurde, recht gute Resultate zu verzeichnen. Hoffentlich gelingt es auch in anderen Orten, die Kollegen für diese Art Agitation zu gewinnen.

Die Mitgliederbewegung im Gesamt-Gau gestaltete sich folgendermaßen:

2. Quartal 1901.....	86 Zweigvereine,	1552 Mitglieder
3. " 1901.....	86 "	2878 "
4. " 1901.....	88 "	1688 "
1. " 1902.....	88 "	1763 "
2. " 1902.....	42 "	2039 "
3. " 1902.....	46 "	2030 "

Neu gebildet wurden elf Zweigvereine, davon entfallen zwei auf das angrenzende pommerische Gebiet. Hierzu ist bereits wieder einer der Auflösungen anhängig.

In einigen Zweigvereinen, so in Grevesmühlen, Lüttjenburg, Ratekau, Steinberg i. S., Stavenhagen, Albinib, Grasow, Marlow, Güstrow und Neukalen, sah sich der Gauvorstand genötigt, selbst Hausagitationen zu entfalten. Der Erfolg war zum Theil ein sehr guter. Wenn sämtliche Zweigvereine von Zeit zu Zeit sich mit einer intensiven Hausagitation beschäftigen würden, dürften schon in allerndußer Zeit alle organisatorisch fähigen Kollegen unseres Reiches zugänglich sein.

Die Buchführung hat sich im letzten Jahre durchgehend verbessert. Unregelmäßigkeiten haben sich bei den sogenannten Kassenrevisionen nur in einem Falle herausgestellt. Der Reisebeitrag von M. 65 wurde gebettet, so daß zu weiterem Einholen keine Veranlassung vorlag. Die wöchentliche Einfassung der Beiträge hat noch nicht die ge-



### Gau Ost. (Danzig, Königsberg i. Pr.)

Im Einverständnis mit dem Verbandsvorstand berufe ich zum Sonntag, den 8. Februar, eine Gauleiterkonferenz nach Elbing ein. Die Konferenz findet im Gewerkschaftshause statt und beginnt Vormittags 11 Uhr.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vertrauensmannes über das vergangene Geschäftsjahr. 2. Die Lohnbewegung im kommenden Jahre. 3. Agitation und Volksfrage. 4. Anträge der Zweigvereine. 5. Wahl des Gauvorstandes bez. Vertrauensmannes und der Beisitzer.

Alle in Frage kommenden Zweigvereine werden erachtet, die Konferenz durch Delegierte zu beschilden.

Die Zahl der Delegierten richtet sich nach der Zahl der Mitglieder und nach den Finanzen der Volkskasse. Die Delegierten haben sich auf der Konferenz durch eine Bescheinigung vom Vorstand des Zweigvereins und durch ihr Mitgliedsbuch zu legitimieren.

Die aus der Beschildung der Konferenz erwachsenen Kosten haben die Zweigvereine aus ihren Volkskassen zu decken.

Zum Empfang der Delegierten werden Kollegen, erkennbar an einer weißen Schleife, am Bahnhof sein. Carl Schwarz, Vertrauensmann.

Eine Konferenz des Gaus Lübeck fand am 14. Dezember 1902 in Schwerin statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht des Gauvorstandes und Kassenbericht. 2. Agitation und Lohnbewegung. 3. Wahl des Gauvorstandes. 4. Anträge aus den Zweigvereinen. Vertreten waren 42 Orte durch 42 Delegierte. Als Vertreter des Hauptvorstandes war Kollege Bömelburg anwesend. Der Gauvorstand hatte seinen Vorsitzenden und Kassirer delegiert. Außerdem waren die eingetragenen Vertrauensmänner anwesend.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte John Strodt als besonderen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen: "Die leichte Baupolizei in Strodt". Die Konferenz beschloß demgemäß.

Den Bericht des Gauvorstandes gab in ausführlicher Weise der Gauvorsitzende, der Kassenbericht der Kassirer. (Siehe vorliegenden Jahresbericht.) Eine Diskussion fand nicht statt. Siekmann-Lübeck und Bömelburg beantragten, dem Gauvorstand Delegate zu erheben. Der Antrag fand einstimmige Annahme.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung gab der Gauvorstand einen ausführlichen Bericht über die Gestaltung und den Erfolg der Lohnbewegung in den Jahren 1901 und 1902. (Siehe ebenfalls den Jahresbericht.) Verteilung der Agitation war Mederer der Meinung, daß nach wie vor die Haushaltung die zweckmäßigste wäre. Der Gauvorstand hatte zur Erleichterung und besseren Übertragung jedem Zweigverein seinen Lohn- resp. Agitationsbericht zugestellt. Wenn nun die Zweigvereinsvorstände auf dem Posten waren und die Haushaltung sofort wieder einleiten würden, so wäre die Möglichkeit gegeben, innerhalb der beiden nächsten Jahre sämtliche organisatorische Maßnahmen heranzutragen. Es entspann sich nun eine reihe lebhafte Diskussion, an welcher sich fast sämtliche Delegierte beteiligten. Diese führten die Zustände in ihrem Arbeitsbezirk. Interessant waren die Schilderungen über das Quartierwesen. So wurde von einem Delegierten angeführt, daß er vor geheimer Zeit auf der Insel Witten bei einem Fabrikarbeiter Unternehmer beschäftigt war. Das Quartier befand sich oberhalb des Hünsterhauses unter dem Dach und war mit auto 30 Mann belegt. Ratten und Mäuse nebst den unvermeidlichen Fliegen trieben dort ihr Unwesen. Durch das schadhafe Dach sauste der Wind, so daß auf diese Weise für die nötige frische Luft gesorgt war. Wenn nun zum Überflug auch Jupiter Bluvius noch seine Schleuen öffnete, was ja in diesem Sommer sehr oft geschah, dann wären die dort Logierenden gezwungen gewesen, die Wandlung auf dem Boden anzutreten, vorausgesetzt, daß sie es nicht vorgezogen hatten, sich nah regnen zu lassen. Viel Schwierigkeiten bestreite dieser Umzug insofern nicht, als jeder, sein "Wett-leine-Dreieck" unter den Armen nahm und sich eine trockne Stelle suchte. Man könne sich nun denken, wie Demenzien zu Nutze gewesen wären, der in der Nacht entdeckt, wegen Blattern oder wegen allzu viel Feuchtigkeit einschlaftend und mehr Male umgezogen müsse. Wenn man dann weiter in Betracht zöge, daß die Wohngelegenheit auch Alles zu wünschen übrig ließe (es war gewöhnlich nur ein Eimer vorhanden, darin zwischen sich das Morgend- und Abendsäumliche Arbeitete), so bließe es doch wohl endlich einmal an der Zeit sein, daß die Maurer ernsthaft verlangen, daß ihnen bessere Quartiere von den Unternehmern geliefert werden, um so mehr, als diese Forderung schon vor mehr als sieben Jahren erhoben wurde. Man sollte kaum glauben, daß es noch Maurer gäbe, die sich in dieser Weise behandeln lassen. Aber diese Fälle sollen nicht so selten sein, wie von mehreren Delegierten befürchtet wurde.

Der Warterniederer Delegierte berichtete, daß die dortigen Kollegen in diesem Sommer gesetzungen waren, Arbeit bei den Hafenumsiedlungen zu suchen. Die Arbeit wurde von einer auswärtigen Firma ausgeführt, welche fast nur Italiener beschäftigte und elf Stunden arbeiten ließ. Bömelburg bestand, daß die Warterniederer Kollegen nicht einmal soviel Fleißlich auf den Haupt- resp. Gauvorstand genommen haben, ihn davon in Kenntnis zu setzen. Sodann gab Mederer Ausklärung über die Führung der Korrespondenz zwischen Gauvorstand und den Zweigvereinsvorständen. Auch die Pflichten der Zweigvereinsbeamten wurden eingehend erörtert. Verteilung der Agitation vor dem Gauvorstand mit der vorliegenden Leistung aufzufordern und empfahl den Delegierten, energisch darauf zu dringen, daß dieselbe in keinem Zweigverein vernachlässigt würde. In Bezug auf die Lohnbewegung gab Mederer einen kurzen Überblick über die allgemeine Situation im Brüderverein. Es wäre nicht daran zu denken, daß vielleicht schon innerhalb der nächsten zwei Jahren ein allgemeiner Aufschwung zu erwarten wäre.

Bedlenburg mache hier infolge eine Ausnahme, als nur mit rein ländlichen Verhältnissen zu rechnen wäre. Die Landwirtschaft wäre gezwungen, mit der technischen Entwicklung Schritt zu halten. Deshalb wäre auch die Möglichkeit gegeben, dort wo die Voraussetzungen erfüllt sind, mit Förderungen an das Unternehmensklima heranzutreten.

Punkt 3. und 4 der Tagesordnung wurden gemeinsam verhandelt. Ein Antrag Lübeck, den § 18 des Regulativs zu streichen, wurde mit großer Majorität abgelehnt.

Ein Antrag Lübeck, die Konferenz alle zwei Jahre abzuhalten, wurde einstimmig angenommen.

In den Vorstand wurden wieder gewählt: Dr. Mühlstädt als Vorsitzender, A. Neifeld-Lübeck als Kassirer, Dr. Dresen, Dr. Berthold und Dr. Siekmann-Lübeck als Beisitzer.

John Strodt legte nun in ausführlicher Weise die Ursachen der leichten Baupolizei klar. Er kritisierte in recht scharfer Weise das Vorgehen des Hauptvorstandes und glaubte, daß dieser nichtorrect gehandelt, als er von den Nostader Kollegen ohne Weiteres die Aufhebung der Sperr verlangte. Daß Aussicht auf Erfolg noch voll und ganz vorhanden gewesen wäre. Sodann nimmt Bömelburg das Wort und rechtfertigte die Stellungnahme des Hauptvorstandes. Er verurteilte ganz entschieden das Vorgehen der Nostader Kollegen, ohne zunächst die Ansicht des Hauptvorstandes abgewertet zu haben. Aber trocken wäre die Unterstüzung gebliebt, auch mit dem statutarischen Aufschlag. Wenn nun bei Großstettin keine Unterstützung geahndet wurde, so handelte der Hauptvorstand nach den Beschlüssen des letzten Verbandstages, auf dem John sich in demselben Sinne ausgesprochen hätte. Um Lebzig sich in demselben Sinne ausgesprochen hätte, den Hauptvorstand zu der Überzeugung gebracht, daß eine erfolgreiche Durchführung des Kampfes unmöglich war. Da die Zeit bereits vorgeschritten war, konnte in einer Diskussion nicht mehr eingetragen werden.

Nach einem kurzen Schlusswort des Vorsitzenden erfolgte Schluß der Konferenz um 5½ Uhr.

Am 8. Januar hielt der Zweigverein Duisburg seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung wurde dem Kassirer Bericht erhalten; nach Feststellung der Mitgliedszahl durch die Reihen wurde dem Kassirer Decharge ertheilt. Aus dem Jahresbericht ist herzoverlesen: Die Mitgliederzahl betrug im 1. Quartal 67, aufgenommen 8; im 2. Quartal 82, aufgenommen 23; im 3. Quartal 92, aufgenommen 23; im 4. Quartal 75, aufgenommen 3. Es fanden 25 Mitglieder und 5 örtliche Versammlungen, sowie 21 regelmäßige und 6 außerordentliche Vorstandssitzungen und eine Konferenz mit dem Gauvorstand statt. Der Versammlungsbericht war im Sommer durchauslich ein betreibendes, im Herbst ein schlechtes. Als Vorsitzender wurde Kollege Müller, als Kassirer Kollege Janzen gewählt. Zwecks Wahl eines Delegierten zum Verbandstag wurden durch die Wahlkommission drei Kollegen der Versammlung vorgeschlagen und Kollege Müller von dem Zweigverein als Kandidat aufgestellt. Die Wahl wurde zur nächsten Mitgliederversammlung verlagt, um noch mit den anderen zur Wahlabschaffung gehörigen Zweigvereinen Abstimmung zu nehmen. Nach einer lebhaften Diskussion über verschiedene Angelegenheiten wurde die Verhandlung geschlossen.

Am 28. Dezember hielt der Zweigverein Elmshorn seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die sich eines außergewöhnlich starken Besuches erfreute. Zumal wurde der Kassierbericht erstattet. Aus demselben ist herzoverlesen, daß die Personen, die Lustkunst in Neckarschiffen erhielten, von 95 Neckarschiffen in Anspruch genommen wurden. Die Arbeitslosenzählung ergab 84 Arbeitslose. Den stellenden Webern in Meerane wurden 60 überwiesen. Es wurden dann verschiedene Wohnen vorgenommen. Bei der Wahl eines Delegierten zum Verbandstage wurde Kollege Liebigs mit 89 Stimmen gewählt. Ferner wurde beschlossen, folgenden Antrag an den Verbandstag zu bringen: "Die Wohnstätte, wonach der Beitrag bezahlt wird, von 5 zu 3 steigen zu lassen und die Stala bis zu einem Stundenlohn von 70 S auszudehnen". Der Antrag wurde damit begründet, daß bei einem Stundenlohn von 48 S ein Beitrag von 50 S bezahlt werden müsse, während bei 70 S Stundenlohn nur 5 S bezahlt zu werden brauchten. Legtiglich der Vorstand wurde keine Dechtfest gesetzt, es soll in der nächsten Zeit eine gemeinschaftliche Versammlung mit den Bürgern abgehalten werden, um dann gemeinschaftlich die Frage zu beraten. In "Verschiedenes" wurde von der Lohnkommission berichtet, daß die Maurer in Höhenkirchen die Erhöhung des Stundenlohns auf 40 S für Nebertunden 4 S, gefordert haben, die aber von den Unternehmern abgelehnt sei, worauf die Gesellen die Fortsetzung auf 88 S ermauhten. Sodann wurde beschlossen, auf Kosten der Volkskasse für jedes Mitglied ein Futteral zum Verbandsbuch anguzuschaffen. Die Versammlungen sollen im Sommerhalbjahr am Sonnabend vor dem letzten Sonntag im Monat abgehalten werden; im Winter sollen sie dagegen am letzten Sonntag im Monat stattfinden. Ausgeschlossen aus dem Verband wurden die beiden Kollegen O. und F. Bachau, weil sie eine Einladung zur Versammlung, um ihre Schulden zu begleichen, keine Folge gegeben hatten. Schließlich wurde noch bekannt gegeben, daß der Kassirer im letzten Sommer 63 Marken im Wert von ca. 25.000 verlor hat.

Der Zweigverein Görlitz hielt am 26. Dezember seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Von 21 Mitgliedern waren 18 erschienen. Zunächst verlas der Kassirer die Abschöpfung vom 4. Quartal; dieselbe wurde genehmigt. Sodann hielt der Vorsitzende Kollege Kießling, eine Ansprache, in welcher er den Wert der Organisation betonte und der Hoffnung Ausdruck gab, daß die fünf noch nicht organisierten Kollegen sich bald der Verbände anschließen würden. Wenn dies geschweige, würde der Zweigverein auch in die Lage kommen, den Stundenlohn auf 30 S und die Arbeitszeit auf zehn Stunden im neuen Jahre festlegen zu können. Die Arbeitsgelegenheit war im abgelaufenen Jahr nicht besonders günstig. 19 Kollegen arbeiteten in Berlin, Rostock usw. Die organisierten Kollegen erhielten am Ende einen Taglohn von M. 2,80 bis M. 3,50, während die unorganisierten für M. 2,75 bis M. 3 arbeiten müssten; die tägliche Arbeitszeit betrug im Sommer 12 Stunden. Mit der Wohnung an die Kollegen, fest und freu zur Organisation zu stehen, und mit einem Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Der Zweigverein Trier hielt am Sonntag, den 28. Dezember, seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, welche sehr

schwach besucht war. Im ersten Punkt der Tagesordnung wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Dann wurde Kollege August Hüppeler als Delegierter zum siebten Verbandstag gewählt. Der Vorstand forderte, daß viele Kollegen sich noch nicht an den Versammlungsbefreiung gebühren könnten. Es sei ihre Pflicht, sich mehr um ihre eigenen Interessen zu kümmern, als in anderen Vereinen, um sie fern zu halten, ihrem Vergnügen nachzugehen. Die Schulden an den lokalen Verbindungen hätten nicht nur die Kollegen zu tragen, denn durch ihre Faulheit und Gleichgültigkeit, mit der sie der Organisation gegenüberstehen, sei mehr um ihre eigenen Interessen zu kümmern, als in anderen Vereinen. Ein Antrag Lübeck, die Konferenz alle zwei Jahre abzuhalten, wurde einstimmig angenommen.

In den Vorstand wurden wieder gewählt: Dr. Mühlstädt als Vorsitzender, A. Neifeld-Lübeck als Kassirer,

Dr. Dresen, Dr. Berthold und Dr. Siekmann-Lübeck als Beisitzer.

John Strodt legte nun in ausführlicher Weise die Ursachen der leichten Baupolizei klar. Er kritisierte in recht scharfer Weise das Vorgehen des Hauptvorstandes und glaubte, daß dieser nicht richtig gehandelt, als er von den Nostader Kollegen ohne Weiteres die Aufhebung der Sperr verlangte. Daß Aussicht auf Erfolg noch voll und ganz vorhanden gewesen wäre. Sodann nimmt Bömelburg das Wort und rechtfertigte die Stellungnahme des Hauptvorstandes. Er verurteilte ganz entschieden das Vorgehen der Nostader Kollegen, ohne zunächst die Ansicht des Hauptvorstandes abgewertet zu haben. Aber trocken wäre die Unterstüzung gebliebt, auch mit dem statutarischen Aufschlag. Wenn nun bei Großstettin keine Unterstützung geahndet wurde, so handelte der Hauptvorstand nach den Beschlüssen des letzten Verbandstages, auf dem John sich in demselben Sinne ausgesprochen hätte. Um Lebzig sich in demselben Sinne ausgesprochen hätte, den Hauptvorstand zu der Überzeugung gebracht, daß eine erfolgreiche Durchführung des Kampfes unmöglich war. Da die Zeit bereits vorgeschritten war, konnte in einer Diskussion nicht mehr eingetragen werden.

Nach einem kurzen Schlusswort des Vorsitzenden erfolgte Schluß der Konferenz um 5½ Uhr.

Aus München-Gladbach schreibt man uns: Die Weihnachtsfeierzeitung brachte jüngst eine Notiz über die Lohnverhältnisse im bayerischen Bauwesen, die dem Organ des Verbandes Christlicher Maurer und Handwerker beigezogenen sein dürfte. Es heißt darin: Ein bayerischer und ein auswärtiger Unternehmer sind zu gleicher Zeit an einem Stück Arbeit beschäftigt. Der Auswärtige zahlt ein hiesiger Arbeiter ein und zahlt ihm einige Pfennige Lohn mehr pro Stunde, nämlich den Lohn, welchen er auch bei sich zu Hause zahlen müsste. Selbstiger sagt sich: Ich schaue mir den Lohn wie dort zahlen und dazu auch noch die Reisekosten; dann kann ich auch hiesigen Arbeitern denselben Lohn zahlen und ich habe noch immer etwas an der Arbeit verdient. Was hat aber nun der hiesige Unternehmer? Er hatte nichts Gültiges zu thun, als diesen zu untertreiben und seinem Kollegen im Betriebe die Mittheilung zu machen, er brauche nicht mehr Lohn zu zahlen, wie hiesiger augenblicklich gezahlt werde, er bekomme doch Arbeit genugend. (\*) Nun frage ich: wenn der auswärtige Maurer einen bayerischen Lohn zahlen kommt, warum der hiesige nicht? Aber die Herren denken nicht an die Arbeiter, sie übernehmen die Arbeit so billig wie möglich und wollen dann noch viel verdienen. Und wie schlagen sie dieses dann heraus? Nur durch Zahlung möglichst niedriger Löhne. An der oben mit (\*) gekennzeichneten Stelle findet sich eine Rüde. Die "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" unterschlägt nämlich folgenden Satz: "Dazu ist der hiesige ein christlicher Arbeitgeber; aber leider, wie die meisten, nur für ihren eigenen Geldbeutel, er meint, sie könne sonst auch denselben Lohn zahlen müssen, aber seine Arbeitler wären ihm höchstlich davon gegangen." Die "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" hat in christlicher Nachsicht wahrscheinlich ihren Leuten das unangenehme Gefühl erspart wollen, daß jeden befinden Menschen beschleicht, wenn er hier von einem christlichen Arbeitler auf die Theorie und Praxis der christlichen Bauunternehmer hingewiesen wird, die sich wohl mit frommem Augenaufschlag erzählen über die Sozialdemokratie, im Ubrigen aber alles daran sehen, den Lohn auf einer möglichst niedrigen Stufe zu halten, gleichviel, ob es sich um sozialdemokratische oder christliche Arbeitnehmer handelt. Das Bartsgefühl der "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" verdient in Erinnerung gehalten zu werden. Zum Schluß ist die Notiz des Christlichen Maurerfachblattes: "Ein Kommentar hierzu ist überflüssig. Wie lange oder werden die Bauarbeiter an der oben mit (\*) gekennzeichneten Stelle finden sich eine Rüde. Die "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" unterschlägt nämlich folgenden Satz: "Dazu ist der hiesige ein christlicher Arbeitgeber; aber leider, wie die meisten, nur für ihren eigenen Geldbeutel, er meint, sie könne sonst auch denselben Lohn zahlen müssen, aber seine Arbeitler wären ihm höchstlich davon gegangen." Die "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" hat in christlicher Nachsicht wahrscheinlich ihren Leuten das unangenehme Gefühl erspart wollen, daß jeden befinden Menschen beschleicht, wenn er hier von einem christlichen Arbeitler auf die Theorie und Praxis der christlichen Bauunternehmer hingewiesen wird, die sich wohl mit frommem Augenaufschlag erzählen über die Sozialdemokratie, im Ubrigen aber alles daran sehen, den Lohn auf einer möglichst niedrigen Stufe zu halten, gleichviel, ob es sich um sozialdemokratische oder christliche Arbeitnehmer handelt. Das Bartsgefühl der "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" verdient in Erinnerung gehalten zu werden. Zum Schluß ist die Notiz des Christlichen Maurerfachblattes: "Ein Kommentar hierzu ist überflüssig. Wie lange oder werden die Bauarbeiter an der oben mit (\*) gekennzeichneten Stelle finden sich eine Rüde. Die "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" unterschlägt nämlich folgenden Satz: "Dazu ist der hiesige ein christlicher Arbeitgeber; aber leider, wie die meisten, nur für ihren eigenen Geldbeutel, er meint, sie könne sonst auch denselben Lohn zahlen müssen, aber seine Arbeitler wären ihm höchstlich davon gegangen." Die "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" hat in christlicher Nachsicht wahrscheinlich ihren Leuten das unangenehme Gefühl erspart wollen, daß jeden befinden Menschen beschleicht, wenn er hier von einem christlichen Arbeitler auf die Theorie und Praxis der christlichen Bauunternehmer hingewiesen wird, die sich wohl mit frommem Augenaufschlag erzählen über die Sozialdemokratie, im Ubrigen aber alles daran sehen, den Lohn auf einer möglichst niedrigen Stufe zu halten, gleichviel, ob es sich um sozialdemokratische oder christliche Arbeitnehmer handelt. Das Bartsgefühl der "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" verdient in Erinnerung gehalten zu werden. Zum Schluß ist die Notiz des Christlichen Maurerfachblattes: "Ein Kommentar hierzu ist überflüssig. Wie lange oder werden die Bauarbeiter an der oben mit (\*) gekennzeichneten Stelle finden sich eine Rüde. Die "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" unterschlägt nämlich folgenden Satz: "Dazu ist der hiesige ein christlicher Arbeitgeber; aber leider, wie die meisten, nur für ihren eigenen Geldbeutel, er meint, sie könne sonst auch denselben Lohn zahlen müssen, aber seine Arbeitler wären ihm höchstlich davon gegangen." Die "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" hat in christlicher Nachsicht wahrscheinlich ihren Leuten das unangenehme Gefühl erspart wollen, daß jeden befinden Menschen beschleicht, wenn er hier von einem christlichen Arbeitler auf die Theorie und Praxis der christlichen Bauunternehmer hingewiesen wird, die sich wohl mit frommem Augenaufschlag erzählen über die Sozialdemokratie, im Ubrigen aber alles daran sehen, den Lohn auf einer möglichst niedrigen Stufe zu halten, gleichviel, ob es sich um sozialdemokratische oder christliche Arbeitnehmer handelt. Das Bartsgefühl der "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" verdient in Erinnerung gehalten zu werden. Zum Schluß ist die Notiz des Christlichen Maurerfachblattes: "Ein Kommentar hierzu ist überflüssig. Wie lange oder werden die Bauarbeiter an der oben mit (\*) gekennzeichneten Stelle finden sich eine Rüde. Die "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" unterschlägt nämlich folgenden Satz: "Dazu ist der hiesige ein christlicher Arbeitgeber; aber leider, wie die meisten, nur für ihren eigenen Geldbeutel, er meint, sie könne sonst auch denselben Lohn zahlen müssen, aber seine Arbeitler wären ihm höchstlich davon gegangen." Die "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" hat in christlicher Nachsicht wahrscheinlich ihren Leuten das unangenehme Gefühl erspart wollen, daß jeden befinden Menschen beschleicht, wenn er hier von einem christlichen Arbeitler auf die Theorie und Praxis der christlichen Bauunternehmer hingewiesen wird, die sich wohl mit frommem Augenaufschlag erzählen über die Sozialdemokratie, im Ubrigen aber alles daran sehen, den Lohn auf einer möglichst niedrigen Stufe zu halten, gleichviel, ob es sich um sozialdemokratische oder christliche Arbeitnehmer handelt. Das Bartsgefühl der "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" verdient in Erinnerung gehalten zu werden. Zum Schluß ist die Notiz des Christlichen Maurerfachblattes: "Ein Kommentar hierzu ist überflüssig. Wie lange oder werden die Bauarbeiter an der oben mit (\*) gekennzeichneten Stelle finden sich eine Rüde. Die "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" unterschlägt nämlich folgenden Satz: "Dazu ist der hiesige ein christlicher Arbeitgeber; aber leider, wie die meisten, nur für ihren eigenen Geldbeutel, er meint, sie könne sonst auch denselben Lohn zahlen müssen, aber seine Arbeitler wären ihm höchstlich davon gegangen." Die "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" hat in christlicher Nachsicht wahrscheinlich ihren Leuten das unangenehme Gefühl erspart wollen, daß jeden befinden Menschen beschleicht, wenn er hier von einem christlichen Arbeitler auf die Theorie und Praxis der christlichen Bauunternehmer hingewiesen wird, die sich wohl mit frommem Augenaufschlag erzählen über die Sozialdemokratie, im Ubrigen aber alles daran sehen, den Lohn auf einer möglichst niedrigen Stufe zu halten, gleichviel, ob es sich um sozialdemokratische oder christliche Arbeitnehmer handelt. Das Bartsgefühl der "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" verdient in Erinnerung gehalten zu werden. Zum Schluß ist die Notiz des Christlichen Maurerfachblattes: "Ein Kommentar hierzu ist überflüssig. Wie lange oder werden die Bauarbeiter an der oben mit (\*) gekennzeichneten Stelle finden sich eine Rüde. Die "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" unterschlägt nämlich folgenden Satz: "Dazu ist der hiesige ein christlicher Arbeitgeber; aber leider, wie die meisten, nur für ihren eigenen Geldbeutel, er meint, sie könne sonst auch denselben Lohn zahlen müssen, aber seine Arbeitler wären ihm höchstlich davon gegangen." Die "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" hat in christlicher Nachsicht wahrscheinlich ihren Leuten das unangenehme Gefühl erspart wollen, daß jeden befinden Menschen beschleicht, wenn er hier von einem christlichen Arbeitler auf die Theorie und Praxis der christlichen Bauunternehmer hingewiesen wird, die sich wohl mit frommem Augenaufschlag erzählen über die Sozialdemokratie, im Ubrigen aber alles daran sehen, den Lohn auf einer möglichst niedrigen Stufe zu halten, gleichviel, ob es sich um sozialdemokratische oder christliche Arbeitnehmer handelt. Das Bartsgefühl der "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" verdient in Erinnerung gehalten zu werden. Zum Schluß ist die Notiz des Christlichen Maurerfachblattes: "Ein Kommentar hierzu ist überflüssig. Wie lange oder werden die Bauarbeiter an der oben mit (\*) gekennzeichneten Stelle finden sich eine Rüde. Die "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" unterschlägt nämlich folgenden Satz: "Dazu ist der hiesige ein christlicher Arbeitgeber; aber leider, wie die meisten, nur für ihren eigenen Geldbeutel, er meint, sie könne sonst auch denselben Lohn zahlen müssen, aber seine Arbeitler wären ihm höchstlich davon gegangen." Die "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" hat in christlicher Nachsicht wahrscheinlich ihren Leuten das unangenehme Gefühl erspart wollen, daß jeden befinden Menschen beschleicht, wenn er hier von einem christlichen Arbeitler auf die Theorie und Praxis der christlichen Bauunternehmer hingewiesen wird, die sich wohl mit frommem Augenaufschlag erzählen über die Sozialdemokratie, im Ubrigen aber alles daran sehen, den Lohn auf einer möglichst niedrigen Stufe zu halten, gleichviel, ob es sich um sozialdemokratische oder christliche Arbeitnehmer handelt. Das Bartsgefühl der "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" verdient in Erinnerung gehalten zu werden. Zum Schluß ist die Notiz des Christlichen Maurerfachblattes: "Ein Kommentar hierzu ist überflüssig. Wie lange oder werden die Bauarbeiter an der oben mit (\*) gekennzeichneten Stelle finden sich eine Rüde. Die "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" unterschlägt nämlich folgenden Satz: "Dazu ist der hiesige ein christlicher Arbeitgeber; aber leider, wie die meisten, nur für ihren eigenen Geldbeutel, er meint, sie könne sonst auch denselben Lohn zahlen müssen, aber seine Arbeitler wären ihm höchstlich davon gegangen." Die "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" hat in christlicher Nachsicht wahrscheinlich ihren Leuten das unangenehme Gefühl erspart wollen, daß jeden befinden Menschen beschleicht, wenn er hier von einem christlichen Arbeitler auf die Theorie und Praxis der christlichen Bauunternehmer hingewiesen wird, die sich wohl mit frommem Augenaufschlag erzählen über die Sozialdemokratie, im Ubrigen aber alles daran sehen, den Lohn auf einer möglichst niedrigen Stufe zu halten, gleichviel, ob es sich um sozialdemokratische oder christliche Arbeitnehmer handelt. Das Bartsgefühl der "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" verdient in Erinnerung gehalten zu werden. Zum Schluß ist die Notiz des Christlichen Maurerfachblattes: "Ein Kommentar hierzu ist überflüssig. Wie lange oder werden die Bauarbeiter an der oben mit (\*) gekennzeichneten Stelle finden sich eine Rüde. Die "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" unterschlägt nämlich folgenden Satz: "Dazu ist der hiesige ein christlicher Arbeitgeber; aber leider, wie die meisten, nur für ihren eigenen Geldbeutel, er meint, sie könne sonst auch denselben Lohn zahlen müssen, aber seine Arbeitler wären ihm höchstlich davon gegangen." Die "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" hat in christlicher Nachsicht wahrscheinlich ihren Leuten das unangenehme Gefühl erspart wollen, daß jeden befinden Menschen beschleicht, wenn er hier von einem christlichen Arbeitler auf die Theorie und Praxis der christlichen Bauunternehmer hingewiesen wird, die sich wohl mit frommem Augenaufschlag erzählen über die Sozialdemokratie, im Ubrigen aber alles daran sehen, den Lohn auf einer möglichst niedrigen Stufe zu halten, gleichviel, ob es sich um sozialdemokratische oder christliche Arbeitnehmer handelt. Das Bartsgefühl der "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" verdient in Erinnerung gehalten zu werden. Zum Schluß ist die Notiz des Christlichen Maurerfachblattes: "Ein Kommentar hierzu ist überflüssig. Wie lange oder werden die Bauarbeiter an der oben mit (\*) gekennzeichneten Stelle finden sich eine Rüde. Die "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" unterschlägt nämlich folgenden Satz: "Dazu ist der hiesige ein christlicher Arbeitgeber; aber leider, wie die meisten, nur für ihren eigenen Geldbeutel, er meint, sie könne sonst auch denselben Lohn zahlen müssen, aber seine Arbeitler wären ihm höchstlich davon gegangen." Die "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" hat in christlicher Nachsicht wahrscheinlich ihren Leuten das unangenehme Gefühl erspart wollen, daß jeden befinden Menschen beschleicht, wenn er hier von einem christlichen Arbeitler auf die Theorie und Praxis der christlichen Bauunternehmer hingewiesen wird, die sich wohl mit frommem Augenaufschlag erzählen über die Sozialdemokratie, im Ubrigen aber alles daran sehen, den Lohn auf einer möglichst niedrigen Stufe zu halten, gleichviel, ob es sich um sozialdemokratische oder christliche Arbeitnehmer handelt. Das Bartsgefühl der "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" verdient in Erinnerung gehalten zu werden. Zum Schluß ist die Notiz des Christlichen Maurerfachblattes: "Ein Kommentar hierzu ist überflüssig. Wie lange oder werden die Bauarbeiter an der oben mit (\*) gekennzeichneten Stelle finden sich eine Rüde. Die "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" unterschlägt nämlich folgenden Satz: "Dazu ist der hiesige ein christlicher Arbeitgeber; aber leider, wie die meisten, nur für ihren eigenen Geldbeutel, er meint, sie könne sonst auch denselben Lohn zahlen müssen, aber seine Arbeitler wären ihm höchstlich davon gegangen." Die "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" hat in christlicher Nachsicht wahrscheinlich ihren Leuten das unangenehme Gefühl erspart wollen, daß jeden befinden Menschen beschleicht, wenn er hier von einem christlichen Arbeitler auf die Theorie und Praxis der christlichen Bauunternehmer hingewiesen wird, die sich wohl mit frommem Augenaufschlag erzählen über die Sozialdemokratie, im Ubrigen aber alles daran sehen, den Lohn auf einer möglichst niedrigen Stufe zu halten, gleichviel, ob es sich um sozialdemokratische oder christliche Arbeitnehmer handelt. Das Bartsgefühl der "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" verdient in Erinnerung gehalten zu werden. Zum Schluß ist die Notiz des Christlichen Maurerfachblattes: "Ein Kommentar hierzu ist überflüssig. Wie lange oder werden die Bauarbeiter an der oben mit (\*) gekennzeichneten Stelle finden sich eine Rüde. Die "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" unterschlägt nämlich folgenden Satz: "Dazu ist der hiesige ein christlicher Arbeitgeber; aber leider, wie die meisten, nur für ihren eigenen Geldbeutel, er meint, sie könne sonst auch denselben Lohn zahlen müssen, aber seine Arbeitler wären ihm höchstlich davon gegangen." Die "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" hat in christlicher Nachsicht wahrscheinlich ihren Leuten das unangenehme Gefühl erspart wollen, daß jeden befinden Menschen beschleicht, wenn er hier von einem christlichen Arbeitler auf die Theorie und Praxis der christlichen Bauunternehmer hingewiesen wird, die sich wohl mit frommem Augenaufschlag erzählen über die Sozialdemokratie, im Ubrigen aber alles daran sehen, den Lohn auf einer möglichst niedrigen Stufe zu halten, gleichviel, ob es sich um sozialdemokratische oder christliche Arbeitnehmer handelt. Das Bartsgefühl der "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" verdient in Erinnerung gehalten zu werden. Zum Schluß ist die Notiz des Christlichen Maurerfachblattes: "Ein Kommentar hierzu ist überflüssig. Wie lange oder werden die Bauarbeiter an der oben mit (\*) gekennzeichneten Stelle finden sich eine Rüde. Die "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" unterschlägt nämlich folgenden Satz: "Dazu ist der hiesige ein christlicher Arbeitgeber; aber leider, wie die meisten, nur für ihren eigenen Geldbeutel, er meint, sie könne sonst auch denselben Lohn zahlen müssen, aber seine Arbeitler wären ihm höchstlich davon gegangen." Die "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" hat in christlicher Nachsicht wahrscheinlich ihren Leuten das unangenehme Gefühl erspart wollen, daß jeden befinden Menschen beschleicht, wenn er hier von einem christlichen Arbeitler auf die Theorie und Praxis der christlichen Bauunternehmer hingewiesen wird, die sich wohl mit frommem Augenaufschlag erzählen über die Sozialdemokratie, im Ubrigen aber alles daran sehen, den Lohn auf einer möglichst niedrigen Stufe zu halten, gleichviel, ob es sich um sozialdemokratische oder christliche Arbeitnehmer handelt. Das Bartsgefühl der "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" verdient in Erinnerung gehalten zu werden. Zum Schluß ist die Notiz des Christlichen Maurerfachblattes: "Ein Kommentar hierzu ist überflüssig. Wie lange oder werden die Bauarbeiter an der oben mit (\*) gekennzeichneten Stelle finden sich eine Rüde. Die "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" unterschlägt nämlich folgenden Satz: "Dazu ist der hiesige ein christlicher Arbeitgeber; aber leider, wie die meisten, nur für ihren eigenen Geldbeutel, er meint, sie könne sonst auch denselben Lohn zahlen müssen, aber seine Arbeitler wären ihm höchstlich davon gegangen." Die "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" hat in christlicher Nachsicht wahrscheinlich ihren Leuten das unangenehme Gefühl erspart wollen, daß jeden befinden Menschen beschleicht, wenn er hier von einem christlichen Arbeitler auf die Theorie und Praxis der christlichen Bauunternehmer hingewiesen wird, die sich wohl mit frommem Augenaufschlag erzählen über die Sozialdemokratie, im Ubrigen aber alles daran sehen, den Lohn auf einer möglichst niedrigen Stufe zu halten, gleichviel, ob es sich um sozialdemokratische oder christliche Arbeitnehmer handelt. Das Bartsgefühl der "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" verdient in Erinnerung gehalten zu werden. Zum Schluß ist die Notiz des Christlichen Maurerfachblattes: "Ein Kommentar hierzu ist überflüssig. Wie lange oder werden die Bauarbeiter an der oben mit (\*) gekennzeichneten Stelle finden sich eine Rüde. Die "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" unterschlägt nämlich folgenden Satz: "Dazu ist der hiesige ein christlicher Arbeitgeber; aber leider, wie die meisten, nur für ihren eigenen Geldbeutel, er meint, sie könne sonst auch denselben Lohn zahlen müssen, aber seine Arbeitler wären ihm höchstlich davon gegangen." Die "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" hat in christlicher Nachsicht wahrscheinlich ihren Leuten das unangenehme Gefühl erspart wollen, daß jeden befinden Menschen beschleicht, wenn er hier von einem christlichen Arbeitler auf die Theorie und Praxis der christlichen Bauunternehmer hingewiesen wird, die sich wohl mit frommem Augenaufschlag erzählen über die Sozialdemokratie, im Ubrigen aber alles daran sehen, den Lohn auf einer möglichst niedrigen Stufe zu halten, gleichviel, ob es sich um sozialdemokratische oder christliche Arbeitnehmer handelt. Das Bartsgefühl der "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" verdient in Erinnerung gehalten zu werden. Zum Schluß ist die Notiz des Christlichen Maurerfachblattes: "Ein Kommentar hierzu ist überflüssig. Wie lange oder werden die Bauarbeiter an der oben mit (\*) gekennzeichneten Stelle finden sich eine Rüde. Die "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" unterschlägt nämlich folgenden Satz: "Dazu ist der hiesige ein christlicher Arbeitgeber; aber leider, wie die meisten, nur für ihren eigenen Geldbeutel, er meint, sie könne sonst auch denselben Lohn zahlen müssen, aber seine Arbeitler wären ihm höchstlich davon gegangen." Die "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" hat in christlicher Nachsicht wahrscheinlich ihren Leuten das unangenehme Gefühl erspart wollen, daß jeden befinden Menschen beschleicht, wenn er hier von einem christlichen Arbeitler auf die Theorie und Praxis der christlichen Bauunternehmer hingewiesen wird, die sich wohl mit frommem Augenaufschlag erzählen über die Sozialdemokratie, im Ubrigen aber alles daran sehen, den Lohn auf einer möglichst niedrigen Stufe zu halten, gleichviel, ob es sich um sozialdemokratische oder christliche Arbeitnehmer handelt. Das Bartsgefühl der "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" verdient in Erinnerung gehalten zu werden. Zum Schluß ist die Notiz des Christlichen Maurerfachblattes: "Ein Kommentar hierzu ist überflüssig. Wie lange oder werden die Bauarbeiter an der oben mit (\*) gekennzeichneten Stelle finden sich eine Rüde. Die "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" unterschlägt nämlich folgenden Satz: "Dazu ist der hiesige ein christlicher Arbeitgeber; aber leider, wie die meisten, nur für ihren eigenen Geldbeutel, er meint, sie könne sonst auch denselben Lohn zahlen müssen, aber seine Arbeitler wären ihm höchstlich davon gegangen." Die "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" hat in christlicher Nachsicht wahrscheinlich ihren Leuten das unangenehme Gefühl erspart wollen, daß jeden befinden Menschen beschleicht, wenn er hier von einem christlichen Arbeitler auf die Theorie und Praxis der christlichen Bauunternehmer hingewiesen wird, die sich wohl mit frommem Augenaufschlag erzählen über die Sozialdemokratie, im Ubrigen aber alles daran sehen, den Lohn auf einer möglichst niedrigen Stufe zu halten, gleichviel, ob es sich um sozialdemokratische oder christliche Arbeitnehmer handelt. Das Bartsgefühl der "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" verdient in Erinnerung gehalten zu werden. Zum Schluß ist die Notiz des Christlichen Maurerfachblattes: "Ein Kommentar hierzu ist überflüssig. Wie lange oder werden die Bauarbeiter an der oben mit (\*) gekennzeichneten Stelle finden sich eine Rüde. Die "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" unterschlägt nämlich folgenden Satz: "Dazu ist der hiesige ein christlicher Arbeitgeber; aber leider, wie die meisten, nur für ihren eigenen Geldbeutel, er meint, sie könne sonst auch denselben Lohn zahlen müssen, aber seine Arbeitler wären ihm höchstlich davon gegangen." Die "Weitdeutsche Arbeiter-Zeitung" hat in christlicher Nachsicht wahrscheinlich ihren Leuten das unangenehme Gefühl erspart wollen, daß jeden befinden Menschen beschleicht, wenn er hier von einem christlichen Arbeitler auf die Theorie und Praxis der christlichen Bauunternehmer hingewiesen wird,

Die am 4. Januar in Neustrelitz tagende Mitgliederversammlung war gut besucht. Der Vorsitzende, Kollege Kauder, sprach über die Lage der Maurer in den letzten beiden Jahren und brachte in Vorschlag, für das Jahr 86 4 Stundenlohn zu fordern. Sieben motivierte die Forderung mit den heutigen Lebensmittelpreisen, dabei auch auf die in Aussicht stehende weitere Versteuerung infolge des Zolltarifgesetzes hinweisend. Weitere sechs Redner den Kollegen an's Herz, dafür Sorge zu tragen, daß alle Arbeiter ihrer Organisation zugeführt würden. Im Weiteren wurden die Mitglieder ermahnt, die rückständigen Beiträge zu zahlen. Der Käffner, Kollege Harz, unterstützte den Vorschlag. Kollege May, Dablenburg sprach über die Verbreitung des "Grundsteins". Damit wurde zur Delegiertenwahl geschritten und der von Zweigverein Rostock aufgestellte Kandidat einstimmig mit 52 Stimmen gewählt. Nachdem der Schriftführer die Abrechnung vorlesen hatte, wurden dem Schriftführer und Käffner je 100 Mark als Würdebelebung bewilligt. Der Vorsitzende schenkte eine Entschädigung ab. Die Vorstandschaft ergab die Wiederwahl der bisherigen Kollegen. Nachdem sich noch drei Kollegen freiwillig zur unentgeltlichen Verbreitung des "Grundsteins" gemeldet hatten, wurde die Versammlung mit einem dreifachen "Hoch" auf den Centralverband der Maurer Deutschlands geschlossen.

Der Zweigverein Neustrelitz hielt am 28. Dezember eine Versammlung ab, zu der auch die Zweigvereine Altdöflitz und Blankendorf eingeladen und durch einige Mitglieder vertreten waren; von den in Neustrelitz wohnhaften Kollegen war leider nur die Hälfte erschienen. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: "Wie stehen wir uns zu dem jetzigen Lohntarif?" hielt Kollege Hildebrand-Berlin das einfließende Referat. Er schlußte die jetzigen Verhältnisse und hob besonders hervor, daß die Höhe im Vergleich zu den Lebensmitteln und Wocheneinkommen viel zu niedrig sei. Durch die Annahme des neuen Lohnkalküls würden die wirtschaftlichen Verhältnisse in den Arbeitserkreis sich aber noch bedeutend verschlechtern. Die Ausführungen des Referenten wurden mit großem Beifall aufgenommen. In geheimer Abstimmung wurde dann der Beschuß gefasst, den jetzt bestehenden Lohntarif bis zum 1. Januar zu kündigen. Kollege Herm. Schulz wurde mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt. Das an die Unternehmer abgehandelte Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Unserer Arbeitgeber für das Baugewerbe  
in Neustrelitz und Umgegend, d. h. des Herrn Wolter.

Im Auftrage der im Centralverband organisierten Maurer von Neustrelitz und Umgegend sindigen wir den mit Ihnen abgeschlossenen Vertrag, welcher am 31. März 1908 abläuft. Ein Abschluß eines neuen Vertrages bitten wir Sie, mit uns bis Mitte Februar eine gemeinsame Sitzung abzuhalten und wo möglich den Vorschlag zu bringen, wann und wo die nächsten Sitzungen soll und uns mindestens drei Tage vorher Kenntnis hierüber zu geben.

Hochachtungsvoll  
Die Lohnkommission.

A. A.: Herrn C. J. Schulz, Sassenstr. Nr. 18.  
Aus Nienburg a. d. W. wird uns geschildert: Unfere auf den 20. Dezember fällige Monatsversammlung konnte leider nicht abgehalten werden, da kein Überwachungsbeamter erschien und wir, da auch der Vorsitzende fehlte, nicht festgestellt werden konnten, ob die Versammlung eingetragen war. So mußte die durchaus wichtige Tagesordnung: "Vorstandswahl, Beschuß der Lohnkommission", bis zur nächsten Versammlung verschoben werden. Zum 1. April dieses Jahres läuft unter Arbeitsvertrag ab. Die von der Lohnkommission vertragsgemäß erfolgte Einladung aus Beratung des neuen Arbeitskarts ist von den Unternehmen bis jetzt nicht beantwortet worden. Es wäre sehr zu wünschen, wenn die Kollegen sich einmal aufrütteln und die Versammlungen zahlreicher befuchen würden als bisher. Denn nur dann ist es der Lohnkommission möglich, einen den Wünschen der Kollegen entsprechenden Vertrag auszuarbeiten. Auch wäre es sehr zu wünschen, daß nicht, wie bisher, persönliche Sachen in den Versammlungen zum Ausdruck gebracht werden, da hierdurch manchen Kollegen der Versammlungsbereich verdeckt wird. Die Baupolizei über das Geschäft von C. Deichow besteht weiter. Da der Unternehmer noch keine "Arbeitswilligen" gefunden, aber jetzt größere Arbeiten übernommen hat, so ist wohl auf eine baldige Anerkennung der von den Gejagten aufgestellten Lohn- und Arbeitsbedingungen zu hoffen.

In Plauen i. B. fand am 17. Dezember eine öffentliche Maurerversammlung statt. Trotz der sehr wichtigen Tagesordnung war der Besuch ein sehr schwächer; es zeigt dies wieder einmal, wie wenig Interesse die Kollegen an ihrer Organisation haben. Im ersten Punkt der Tagesordnung erstattete Kollege Förster den Jahresbericht. Die Mitgliederzahl hat sich im vergangenen Jahre ganz erheblich vermehrt und die Kostensteigerung haben sich in ersterlicher Weise gebessert. Leider mußte aber auch berichtet werden, daß der Kollege Strube sich der Unterschlagsung von Verbandsgeldern schuldig gemacht hat. Es wurde beschlossen, beim Hauptvorstand den Anklageschluß Strubes zu beantragen. Als Vertretermann für das nächste Jahr wurde wieder Kollege Förster in Vorschlag gebracht. Zu Kartelldelegaten wurden gewählt: Förster, Weidt und Weidholz. Die seitlichen Kassierer wurden wiedergewählt. Den freitenden Weben in Meissen wurden 100 Mark bewilligt. Mit der Ausforcherung, für die Durchführung der im Frühjahr zu stellenden Lohnforderung nach Kräften zu wirken, folgte Schluss der Versammlung.

Der Zweigverein Bodehütch hielt am 28. Dezember seine Generalversammlung ab. zunächst wurde über die Arbeits-einstellung bei Städten verhandelt. Die bei diesem Unternehmen arbeitenden Kollegen hatten die Arbeit auf zwei Tage zu teilen lassen, weil sie nicht mit einem früheren Unternehmer, der auch bereits einmal Verbandsmitglied war, aber wegen Schulden gestrichen werden mußten, zusammen arbeiten wollten. Die Angelegenheit fand dadurch ihre Erledigung, daß der Betreffende entlassen wurde. Dem Kollegen Blanckensiefel, der allein auf einer Stelle arbeitete und die Arbeit nicht aufzudecken wußte, wurde eine Strafe von 100 Mark verhängt und er erhielt außerdem noch eine Rüge. Die Strafe soll dem Fassnenfond zufallen. An Stelle des bisherigen Vorsitzenden wurde Kollege Fröhlich gewählt und als Delegierter zum Verbandstag Kollege Bärtsch mit 35 Stimmen.

Der Zweigverein Boizenburg hielt am Sonntag, den 28. Dezember, seine Generalversammlung ab. Kollege Wagner gedachte in seinem Jahresbericht der seitens der Organisation ausgeführten Arbeiten, welche sich auf die Kontrolle der Bauten, Übstellung von Wissständen, sowie auf die im Jahre ab-

gehauenen Versammlungen und Sitzungen erstreckten. Er erwähnte die Räumte des letzten Jahres und holte hervor, daß die Maurer Rosens unter einer guten Leitung es verstanden hatten, ihre Lebenslage zu verbessern. Wenn auch die Nachwuchs sich einzustellen und einige unserer Kollegen heute noch ihren unentzweibaren Aufenthalt im Gefängnis nehmen müßten, so ist doch zu begrüßen, daß die Maurer Rosens sich eine gute Organisation geschaffen haben. Wie auf Wenige, die nachdem sie Streitigkeiten bezogen, der Organisation den Rücken lehrten, hätte doch die Mehrheit an der Organisation festgehalten. Wollten wir für die Zukunft ebenfalls das Sorge tragen, daß unser Lager verbessert werde, so fordere ich alle Unterwerfen auf, auch im neuen Jahre der Organisation treu zu bleiben. Kollege Bätte als Käffner ergänzte den Bericht dahin, daß im letzten Jahre 1190 Mitglieder der Organisation neu beitreten seien. Abgemeldet haben noch 895, gefordert sein jedoch und militärisch eingezogen 17 Mitarbeiter. In den Vororten des Zweigvereins wurden folgende Kollegen gewählt: W. Schulz, erster Vorsitzender, M. Wegner zweiter Vorsitzender, H. Bätte erster Käffner, G. Höfelmann zweiter Käffner und H. Borowicz als Schriftführer. Zu Revisoren wurden die Kollegen Aliz, Hett und Reth gewählt. Zum zweiten Punkt: "Der Bauarbeiterkrieg und seine Bedeutung", referierte W. Schulz. Nedner schilderte in längeren Ausführungen, wie die baugewerblichen Arbeiter seit langem bestrebt seien, mehr Schutz für ihre Gesundheit zu erhalten. Er zeigte, wie wenig auf diesem gefährlichen Gebiet für die im Bauwesen beschäftigten Arbeiter bis heute getan sei. Gesetze auf diesem Gebiete seien so gut wie gar nicht vorhanden. Wie wenig Verständnis man unter den Forderungen entgegenbringe, beweise z. B. die dem preußischen Landtag seitens der Bauarbeiterkriegskommission überstandene Petition, die bis heute noch unerledigt sei. Als Redner nach dem Todesschlag und Skandal zu sprechen kam, herrschte lautlose Stille. Redner endete mit einem Appell an die Anwesenden, bei den kommenden Reichstags- und Landtagswahlen den herrschenden Kläffen die richtige Antwort zu Theil werden zu lassen. (Stimmlaufen des Selbst.) Nedner theilte dann mit, daß am 29. und 30. März in Berlin der zweite Bauarbeiterkriegskongress stattfindet. Wollten wir hier etwas leisten, so sei es Pflicht, denselben durch Delegierte zahlreich zu beschriften. Wir müßten uns schon heute mit der Wahl befaßzen, weil es anscheinlich möglich sei, daß wir im kommenden Jahre kein Mandat zu Versammlungen bekommen werden. Als Delegierte wurden die Kollegen W. Schulz und M. Wegner bestimmt. Zum dritten Punkt der Tagesordnung: "Der siebente Verbandstag", berührte Schulz die vom Verbandsvorstand vorgeschlagene Tagesordnung. Die Versammelten stimmten derselben zu. Begehrte wurde besonders der auf der Tagesordnung stehende Punkt: "Die Einführung der Krankenunterstützung". Folgende Anträge wurden zum Verbandstag gestellt: Im Streitreglement in § 10 folgendem Absatz eingefügt: 1. Verkehrsrecht, Kollegen, welche den Streitort verlassen, erhalten so lange die Hälfte der festgesetzten Unterstützung, bis der Betreffende in Freiheit tritt. 2. Der Verbandstag möge beschließen, daß die Delegirten zum nächsten Kongreß der Gewerkschaftsverbände Deutschlands dafür eingerichtet haben, daß das politische Gewerkschaftsorgan "Ostwiat" wöchentlich erscheinen möge. 3. Der Verbandstag möge beschließen, daß die Statuten des Verbandes auch in polnischer Sprache erscheinen zu lassen. Als Delegierte wurden W. Schulz und M. Wegner gewählt. Als Delegierte zum Gewerkschaftskartell wurden die Kollegen Schulz, Bätte und Kopka gewählt. In Stelle des Kollegen Borowicz wurde Schulz in die Vertragskommission als Obmann gewählt. Hierauf gab Schulz bekannt, daß das im Kartell errichtete Verbandsbüro für den Verkehr täglich von 8 bis 1 Uhr und von 4 bis 7 Uhr geöffnet sei. Alle Beschwerden über Nichtinnahme der Vertragsbestimmungen in Bezug auf Lohn, Arbeitszeit, Bauhabe und Wort, schieden Rücksichtslos aus. Somit umzige der Kollegen, unprüfbarkeit bestehend des "Grundsteins" und der "Ostwiat" sind dort aufzuladen. Ferner wurden die Kollegen und Kolportörte erfaßt, die alten Mitgliedsbücher behutsam Ausstellung neu auf dem Bureau einzuliefern. Nach einigen Erwähnungen, rege für die Organisation zu agitieren, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem dreifachen "Hoch" auf das Gedächtnis des Verbandes und der gesammelten Arbeiterschaft.

Der Zweigverein Wreschen hielt am 21. Dezember eine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Leider hatte es ein großer Teil Kollegen wiederum vorgezogen, nicht zu erscheinen. Es wäre doch wirklich einmal an der Zeit, wenn die Kollegen auch in Bezug auf den Versammlungsbefreiung die ihrer Pflicht nachkommen. Befriedigt hielt Kollege Wilhelm Schulz aus Bojen einen lehrreichen Vortrag über: "Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage im Baugewerbe". Seine Ausführungen wurden mit Begeisterung aufgenommen. So dann folgte die Neuwahl des Vorstandes. Die Lohnfrage wurde vorläufig noch unerörtert gelassen.

Am 28. Dezember tagte in Bützow eine öffentliche Maurerversammlung, in der 31 Mitglieder anwesend waren. Es wurde Kollege Albert Kistens als Delegierter zum Verbandstag gewählt. Gleichzeitig soll dieser Kollege den anderen Kartellstellen der 94. Wahlabteilung bekannt gegeben werden, damit eine nicht so große Stimmenzersplitterung stattfindet. Da der jetzige Vertretermann, H. Krause, sein Amt nieberlegte, wurden folgende Kollegen in Vorschlag gebracht: Hermann Raith, Wilhelm Naumann, Robert Möller. Als Beisitzer wurden Wilhelm Müller, Karl Reichart, Gustav Jacob gewählt. Die Herberge befindet sich im Gasthof "Goldsber Adler", Bützow, Besitzer Franz Graf.

#### Kritische Betrachtungen zur Reiseunterstützung.

Kollege Schenck-Erfurt fühlt sich veranlaßt, in Nr. 62 unseres Adhorgans die in verschiedenen Orten übliche Handhabung der Reiseunterstützungsauszahlung einer Kritik zu unterziehen. Von dem Grundbegriff geleitet, daß die für Verbandsgeldosten und für sonstige zur Förderung der Organisation geschaffene Einrichtungen zu verwenden seien, verurteilt er auch das Gewährn von Weihnachtsgegenleistungen an reisende Mitglieder als eine gegen das Statut verstoßende Handlung. Nun, Kollege Schenck, darüber, was für Einrichtungen die Entwicklung der Organisation am meisten fördern, gehen auch in unseren Vereinskreisen die Meinungen auseinander. Die Einen suchen ihr Heil in der Errichtung von Arbeiterselbststataren, Andere meinen

daß ohne Gewerkschaftskartelle nicht auskommen zu können usw. In vielen Orten betrachtet man es als Pflicht, für Spenden-Däten zu zahlen, während man in anderen Orten auch ohne dieselben auszukommen meint. In diesen Fällen haben nach meinem Gefühlhalten die Kollegen der einzelnen Orte nach ihrem Gutdünken gehandelt, so lange sie mit den ihnen zur Verfügung stehenden Lokalfassen Geldern auskommen. Ich meine, auch bei der Gewährung von Weihnachtsgegenleistungen sollte man den Zweigvereinen das Selbstbestimmungsrecht so lange lassen, als sie ihren Pflichten den Haupt- und Gaulaufen gegenüber nachkommen. Nur zur Reiseunterstützung selbst. Wenn nach der Meinung des Kollegen Sch. plötzlich am 1. Dezember sich zwei Kollegen einstellen, um die Unterstützung zu erheben, so wundern mich nicht, wurde doch Mitte November in vielen Orten die Arbeit des Proleten wegen eingestellt. Eine Anzahl Kollegen befinden sich also am 1. Dezember schon einige Zeit auf Wanderschaft, als sie am ersten Tage vom Ende des Christbaums der Unterstützung Gebrauch machen. Das oft eigenartige Anstreben an die mit der Auszahlung betrauten Kollegen gestellt werden, glaube ich gern, doch ist Niemand verpflichtet, mehr als den festgelegten Unterstützungsab- zu geboten.

Weiter stellt Kollege Sch. die Frage, ob es recht sei, daß man alle Jahre für vielleicht 20 Einzahlung, d. h. 80 erhalten kann. Nun so tragisch ist wohl die Sache nicht zu erkennen, behaupten uns doch die Abrechnungen des Verbandes, daß in den ersten Jahren seit Gründung desselben die ausgeschlagene Reiseunterstützung auf den Kopf der Mitglieder berechnet viel höher war, als in den letzten Jahren. Dieser Beitrag auf das Mitglied berechnet in den Jahren 1892: 48, 1893: 47, 1894: 48, 1895: 27, 1896: 18, 1897: 1898: 4, 1899: 8, 1900: 10, 1901: 3. Hieraus geht wohl klar hervor, daß die Höhe der erhobenen Unterstützung von der Größe und vom Frostwinter beeinflußt werden ist. Ich stehe auf den Standpunkten, daß man die Reiseunterstützung durchaus nicht kürzen soll. Bringt uns doch das Reisen der Mitglieder durchaus keinen Schaden. Es ist allbekannt, daß die Kollegen, welche Jahre lang auf Reisen waren, den zuhause Wirtshäusern keinen Klaps kamen, welche niemals von Wirtshäusern getrennt lebten. Ich will hiermit durchaus nicht behaupten, daß nur die Ersten fähig sind, sich am Emanzipationskampf würdig zu beteiligen. Aber das ist sicher, und wir haben es schon öfter beobachtet können, daß unter reisenden norddeutschen Kollegen bei Ausbruch von Differenzen immer kurzer Zeit den Arbeitsort verlassen haben, während Delegirten, welche nichts als ihren Lohn- und Arbeitsort kennen, schwer zur Kriese zu bewegen sind. Aus all diesen Gründen brauchen unsere verkehrsreichen Kollegen auf die lebendigen wegen der Reiseunterstützung nicht neidisch zu sein, ziehen sie doch auch hieraus, wenn auch mit indirekten Nutzen. Selbstverständlich muß es unserer Pflicht sein, etwas sich bemerkbar machenden Auslastungen im Unterstützungsab- Einfall zu thun. Der beste Damm aber gegen etwaige Missstände in der Erschließung von Reiseunterstützung ist ein funktionierender Arbeitsnachweis. Dieser so wichtige Frage für die Arbeiterschaft hat leider eine Angst vor Zweigvereinen bis heute noch gegenübert gestanden.

Franz Wende, Meisen.

#### Gaushaltungsbudget eines Maurers in einer kleinen norddeutschen Residenzstadt.

Der Einwohner des nächstliegenden Gaushaltungsbudgets ist verkehrsreich, aber kinderlos, hat jedoch eine alte Mutter zu ernähren, so daß die Familie aus drei erwachsenen Personen besteht. Geradezu wurde vor ihm im vergangenen Jahr 240 Stunden. Eltern mußte er wegen Regen vier Stunden, wegen Arbeitslosigkeit 126 Stunden, wegen ungünstiger Witterung 270 Stunden. Als Maurer verdiente er demnach bei einem Stundlohn von 35,- M. 840,88. Bei anderer Beschäftigung verdiente er M. 8, und an sonstigen Einnahmen hatte er M. 26. Seine Frau verdiente M. 77,65 und vom Vorjahr war ein Nebenkost von M. 45 verblieben. Die Gesamtmiete betrug demnach M. 42. Die Ausgaben gestalteten sich folgendermaßen:

Wöchentliche Ausgaben:	
1. Pfds. Kleidung und Wasche	75,-
2. Pfds. Schuhzeug	30,-
3. Pfds. Maßen und Haar	
4. Pfds. Fleisch	7,60
5. Pfds. Fett	6,52
6. Pfds. Brot	100,-
7. Pfds. Käse	11,30
8. Pfds. Mehl	14,82
9. Pfds. Kartoffeln	4,-
10. Pfds. Kaffee	14,-
11. Pfds. Salz	2,-
12. Pfds. Milch und Heringe	2,-
13. Pfds. Feuer und Lebensmittel	9,50
14. Pfds. Bier und Biergarten	20,-
15. Pfds. Habs. und Kleid.	20,-
16. Pfds. Infektions- und Altersversicherung	5,04
17. Pfds. Petroleum, Öl, Kaminholz	4,-
18. Pfds. Seife, Soda, Stärke und Nolle	15,-
19. Pfds. Gemüse und Gewürz	58,-

Summa. M. 18,06 Summa. M. 269,78

Wöchentliche Ausgabe M. 18,06 mal 52 ..... M. 979,12  
Jährliche Ausgabe ..... 299,78

Gesamtausgabe ..... M. 979,90

#### Bilanz:

Überschuss von 1901	M. 45,-
Verdienst des Mannes	869,35
der Frau	77,65
Gesamteinnahme. M. 992,-	
Gesamtausgabe ..... M. 979,90	
Gesamtüberschuss. M. 12,10	

## Vom Bau.

### Ansäße, Arbeiterschut, Submissionsen etc.

Berlin. Durch einen Absturz aus der zweiten Etage eines Neubaus in der Dahlstraße ist der Maurer August Wreh tödlich verunglückt. Am Schluß in der Nachmittagsstunde vorher Wreh beim Arbeiten das Gleisgewölbe und stürzte so unglücklich aus der Höhe in's Erdgeschoß hinab, daß er auf der Stelle tot lag blieb. Der Verunglückte hinterläßt eine Witwe mit zwei Kindern. Die Leiche des Verstorbenen wurde vorläufig von dem Staatsanwalt bestaucht.

Danzig. Aus der dritten Etage vom Gerüst gestürzt ist am 10. Dezember v. J. auf dem Bau des Unternehmens Erlichshof in Langfuhr die 27 Jahre alte Kollegin Albert Müller. Die Ursachen des tödlichen Verlaufs Unfalls sind in der Rücksichtnahme der baupolizeilichen Baugeschäfte zu suchen, welche der Bauleitung ausdrücklich gebieten, daß die Gerüste im Winter bei Schnee oder Glätte mit Sand oder anderen abstrumpfenden Materialien zu bestreuen sind. Kollegin Müller, der seine Arbeit beendet hatte, wurde vom Baumeister nach einer anderen Stelle hinübergerufen. Auf dem Wege dorthin mußte er eine Fensteröffnung passieren — der Bau wird über die Hand gemauert —, er glitt infolge der Glätte auf dem Gerüst aus und stürzte Lipsüber durch die Fensteröffnung auf das Straßendach. Er schlug dabei so ungünstig mit dem Genick auf seine Kelle, die er bei sich geführt, aber früher den Erboden erreicht hatte, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Der Verunglückte hinterläßt Frau und Kinder. — Der Unfall beweist wieder einmal auf das Schärfste, daß die besten Schuhbestimmungen nichts nützen, wenn nicht ihre Durchführung energisch überwacht wird. Die Gewähr hierfür wird aber nur durch Kontrolle aus Arbeiterkreisen geben.

Köln a. Rh. Am 29. Dezember, Abends 7½ Uhr starb in einem Neubau in der Heymannstraße aus der Höhe der zweiten Etage ein Schreiner die Treppen hinunter in den Keller. Der Mann, der verheirathet und taubstumm ist, erlitt auch einige Kopfverletzungen auch anscheinend innere Verletzungen. Ein Arzt der Hilfswoche vom Roten Kreuz legte ihm einen Notverband an und sorgte dann für die Behandlung des Verletzten in's Bürgerhospital. — Am 20. Dezember, Nachmittag gegen 4 Uhr, starb in einem Neubau in der Lüdenscheide ein Maurer aus zweitem Stockwerk in einen Fußschacht und erlitt anscheinend einen Schädelbruch. Der Bauernwurst wurde von der Feuerwehr in bewußtem Zustande nach dem Bürgerhospital gebracht, wo er gleich nach seiner Einlieferung seinen Verletzungen erlegen ist.

\* Submissionsantrag. Die "Baugew.-Bdg." veröffentlicht nachstehende Submissionsergebnisse:

Am 30. November von 30 000 kg Kleinstengen für den Neubau des Provinzialamts in Köln:

Submittenten:	Geboten von:
B. Bertram, Köln	M. 7486.01
Jac. Wissel, Köln	9166.45
F. Depenheuer, Köln	6714.81
Heinz Meid, Köln	5750.55
Heinz Heidrich, Köln	5828.99
F. F. Eiser, Köln	5477.03
Joh. Bremer, Köln	6275.60
M. J. van Broek, Barmen	8573.51
J. Kleinmeyer, Köln	8699.95
Aug. Jerez, Köln	7236.93

— Herstellung von Zimmerarbeiten für den Münzspeicher und das Unterräumenwohnhaus zum Neubau des Provinzialamts in Köln:

Submittenten:	Geboten von:
H. Biegler, Breslau	M. 97 648.84
H. Boeler, Köln	117 590.65
B. Lüdemann, Köln	101 995.68
H. Königstein, Köln	124 976.16
H. Müller, Köln	115 894.28
A. Gron, Mühlheim a. Rh.	114 089.21
W. Seifert, Köln	119 168.30
S. Vorhölzer, Siegburg	130 658.03

Allenstein. Eine seitens der Königl. Eisenbahnbetriebsinspektion I zu Allenstein am 30. August abgeholte Submissionsantrag Erbauung eines Personentunnels auf Bahnhof Allenstein ergab folgende Resultate:

Submittenten:	Geboten von:
Brose, Allenstein	M. 10 606.94
Scholz, Allenstein	17 314.45
W. Haupi, Allenstein	18 470.35
Zadimann, Allenstein	15 841.85
End. Blaßholzburg	12 833.12
Möller, Göttendorf	13 764.54
Schwe, Königsberg	15 831.76
Ludwig, Orlensburg	11 850.50
Kunig, Blaßholzburg	12 482.61

Die Auszeichnung der Rohstandardsarbeiten in Spanien (Niedriglegung der Festigungsschäfte), hat eine prächtige Submissionsblüte gezeitigt. Nach der Zeitschrift "Kommunale Praxis" wurden 17 Unternehmer zur Abgabe von Offerten aufgefordert. Die einzelnen Forderungen bewegten sich zwischen M. 12 500 und M. 88 000. Diejenigen, die den höchsten Betrag verlangten, hatten ihrer Berechnung in Spandau für ungeliebte Arbeiter übliches Tagelohn von M. 3—3.50 zu Grunde gelegt. Da es sich bei dieser Angelegenheit abgesehen von der Vorhaltung einiger Gesetze, lediglich um zu leistende Arbeit, aber nicht um Materiallieferung handelt, so erscheint es ratsamhaft, wie derjenige Unternehmer, der die billige Offerte eingereicht hat, die Arbeiter zu entlohnen gedachte. Es fällt dabei noch in's Gewicht, daß ausschließlich ortsfremde Arbeiter, nicht aber die mit geringerem Lohn zufriedenen politischen Erdarbeiter eingestellt werden durften.

\* Gefangenenerhalt in Danzig. Es wird uns gefürchtet: Sowohl häufig ist es vorgekommen, daß bei Lohnstreitigkeiten zwischen Unternehmern und den organisierten Arbeiterschaft Gefangene an Stelle der Arbeiter beschäftigt wurden, einziger aber dürfte folgender Fall darstehen, der sich jetzt an hiesigen Orte abspielt. An dem Neubau des hiesigen Zentralgefängnisses, welches von der Firma Brodnowski ausgeführt wird, sind schon den ganzen Sommer über 20 bis 25 Gefangene (Maurer) beschäftigt, welche eine Brüderlichkeit und eng einander vermittelten Zwecken dienendes Gebäude

gar allein fertiggestellt haben, während am Hauptgebäude und am Umbau des alten Gebäudes die Maurer der Firma Brodnowski beschäftigt waren, so daß man allgemein annahm, die Tätigkeit der Gefangenen würde sich auf die angeschlossenen Bauten — die zudem noch etwas gefordert vom Hauptgebäude liegen — beschränken. Wie erstaunten die Arbeiter aber, als vor ungefähr vier Wochen auf einmal ein großer Teil der Brodnowskischen Maurer entlassen wurde und die Gefangenen ihre Arbeit fortsetzten. Gerade in einer Zeit, wo von einem Mangel an Arbeitskräften überhaupt nicht die Rede sein kann, sondern in der Gegenheit die schlechte Konjunktur im Verein mit dem fröhlichen Winter (die Sondersteuern von Kollegen auf Straßendachplatten geworben hatte), biß die Gefangenheitsverwaltung dies Maßregel für angebracht, wohl wissend, daß Roth und Blau der davon Betroffenen dadurch nicht gemindert werde. Charakteristisch ist noch der Vertrag mit dem Unternehmer. Wie wir von der verlässlichen Seite erfahren, ist schon im Vertrag mit dem Unternehmer ein Basis enthalten, der besagt, daß der Unternehmer es sich gesessen lassen muß, wenn Gefangene bei der ihm übertragenen Arbeit beschäftigt werden. Daraus geht hervor, daß die Gefangenheitsverwaltung von vorneherein mit dieser Maßnahme gerechnet habe. Bekämpft wird jedoch die Rolle des Arbeitnehmers. Die Herren, die sich immer vertreten lassen, als wollten sie dem Handwerk einen goldenen Boden verschaffen, nehmen keinen Anstand, Buchstaben, Gefangen und Handwerk auf eine Stufe zu stellen, wenn es um Profit geht. So sieht die staatliche Arbeitersfürsorge und die gesuchte Existenz des deutschen Arbeiters aus.

### Aus Unternehmerekreisen.

\* Streiklausel — Lohnklausel. Die Einführung der Streiklausel in die Baubrakte wird gegenwärtig in den Kreisen der Baugewerksunternehmer sehr propagiert. In dem zu erreichenden Ziel sind beide Richtungen — fiktiv sowohl als Euer — sich einig, in den Mitteln zum Amed gehen jedoch die Meinungen auseinander. Die Herren Euer und Geöffnet verlangen neben der Streiklausel die Lohnklausel und haben diese Forderung auch in der diesjährigen Bundes-Generalversammlung vertreten. Durch die in Submissionsbedingungen und Baubrakte aufgenommene Lohnklausel soll der Unternehmer von Arbeiten und Lieferungen verpflichtet werden, alle mit den Arbeitern vertraglich festgelegten Arbeitsbedingungen zu erfüllen. Der Antrag, die Aufnahme solcher Klausen zu verlangen, ist von der Generalversammlung des Unternehmverbundes befürwortet, fürgewandt abgelehnt worden, mit dem Einwand, daß Vertragsarbeitsverträge nicht überall passen und daß man mit der Einführung von Lohnklauseln nur die Geschäfte der Sozialdemokratie fördere. Diese Gründe kann der Vorstand des Berliner Bundes seiner Stellungnahme nach nicht gelten lassen, und in einer der letzten Runden des "Centralblatt für das deutsche Bauwesen" wird denn auch erneut gegen den Beschuß der Generalversammlung polemisiert. Unter Anderem wird aufgeführt:

Das ausschlaggebende Moment bei der Einführung der Lohnklausel ist höchstlich die Bekämpfung des Submissionsunwesens. Niemand wird ernstlich bestreiten können, daß gerade die Schwankungskurven hauptsächlich auf der Lohnklausel basirt und dieser durch eine Lohnklausel ein Stein in den Weg gelegt wird, während gerade gegen die Streiklausel geltend gemacht wird, daß sie den schon vorhandenen Aussichten noch Vorschub leiste. Wir können uns in dieser Beziehung nur auf die treffenden Ausführungen des Dresdenner Arbeitgeberbundes in der vorjährigen Petition um Einführung der Lohnklausel bei Staatsbaumissionen beziehen, obwohl diesmal auch, die Dresdener Vertreter aus unerklärlichen Gründen gegen den Berliner Antrag gestimmt haben.

Diese Auffassung von den Wirkungen der Lohnklausel ist höchstlich leicht verständig. Aber wir haben keine Ursache, uns über diese Verständigkeit lange zu freuen; denn fragt der eben befindliche schlechte Wirkung der Streiklausel, legen doch gerade auf die Erlangung dieser Klausel auch die Herren vom Berliner Bund das Hauptgewicht. Die Lohnklausel soll gewissermaßen der Preis sein, die Streiklausel einzulösen. Es wird der "Lehrsat" aufgestellt: "Die logische Folge einer Lohnklausel ist die Streiklausel, denn die Verhörenden, welche einmal die Lohn- und Arbeitsbedingungen erlernen, werden sich unmöglich gegen eine Verlängerung der Lieferungsfristen um die Dauer von Stroh und Auspferungen, die aus einer Verlegung dieser Bedingungen durch die Arbeiter entstanden sind, sträuben können. Ein kleiner Schritt weiter wird es dann nur noch sein, daß diese selbstverständliche Folge auch generell und im Vorgrus in den Submissionsbedingungen festgelegt wird."

Und will es scheinen, als wenn die Logik doch auf rechtschaffen stände. Wir sind vielmehr der Meinung, daß eine Lohnklausel jede Streiklausel überflüssig macht, und daß nur unserer Forderung gemäß, die Arbeitsbedingungen zwischen Arbeitern und Unternehmen (von Organisation zu Organisation) vereinbart sind und wenn diese Vereinbarungen für jeden Arbeitssobjekt durch die Lohnklausel sichergestellt sind, dann bedürfen die Unternehmer keiner Streiklausel, um sich gegen Streiks der Arbeiter zu schützen, und wenn die Unternehmer weiter nichts wollen, so ist es lediglich Kräftevergeudung, sich um die Streiklausel zu bemühen. Die Unternehmer wollen aber auch viel mehr, der Schutz vor den Streiks der Arbeiter ist ihnen (oder doch sehr vielen) nur der Vorwand, die Streiklausel soll auch dann Geltung haben, wenn die Unternehmer selbst streiken, ihre Kontrakte sollen verstärkt werden, um die Arbeiter nach Herzogenlust möglicherweise auszusperren und auszuhängen zu können.

Wir sind der Meinung, daß die Logik des Berliner Bundes logischer Zusammenhang zwischen solcher Art Streiklausel und den von den Arbeitern geforderten Lohnklausel vermögen, wir allerdings nicht zu bemühen. Zwischen Lohnklausel und Streiklausel ist höchstlich auch noch ein Unterschied. Wo die Unternehmer in der Lage sind, die Arbeitsbedingungen nach Gutdünien festzulegen zu können, können sie den Kumbug gar noch so weit treiben, daß sie sich diese Arbeitsbedingungen durch "Lohnklausel" und durch Streiklausel schützen lassen. In solchen Fällen würde die Logik des Berliner Bundes freilich höchst zur Geltung kommen.

Die um fiktiv, die Schafsmader sans phrase, wollen von der Lohnklausel absolut nichts wissen. Sie geben der

Regierung zu bedenken, daß die Streiklausel das einzige Mittel sei, die Sozialdemokratie zu bändigen. Jeder Streik ist eine Expression gegen die Arbeitgeber, weil die Arbeiter unerbittlich die Rolllage der armen Arbeitgeber ausüben. Jeder Erfolg, den die Arbeiter bei einem Ausland erreichen, führt zur Stärkung ihrer Organisation und damit zur Stärkung des sozialdemokratischen Partei. Dieser Umstand allein, als im Interesse des Staates liegend, sollte schon ausschlaggebend sein, die Streiklausel allgemein einzuführen. So kommt die "Baugew.-Bdg." herum.

Angewiesen ist die Nr. 1 der "Baugew.-Bdg." erschienen, und man ist verschütt, auszurufen:

Es geschieht wüstlich noch Zeichen und Wunder!

Unter alter Freund fiktiv läuft in Nr. 1 der "Baugew.-Bdg." eine Lanz brechen für die Einführung von Tarifgemeinschaften der Arbeitersorganisationen. Wie hätten den guten Onkel erst stark in Berndorf, daß er die Welt anuliert wolle, es könnte aber doch, als wenn er sich ernsthaft gewoht hat. In einem Rückblick auf die Arbeitsstimmung im Jahre 1902 fügt die "Baugew.-Bdg." die Erfolge der Unternehmer ziemlich rosig, und auch in Bezug auf die kommenden Streiks gibt der Arbeitsschreiber sich den Ernst trocken Muhses; aber die Kampfschuldigkeit läßt sich doch nicht verdecken. Nach der Kampfschuldigkeit tapfern Verstärkung, daß die 16 000 Mitglieder des "Baugewerksverbandes Deutscher Baugewerksmeister" und -helfer von diesem geschaffenen "Arbeitgeberbundes" für das "Baugewerbe" die Absicht haben, sich der Willkür der Arbeiterschüler nicht mehr, wie früher, zu beugen; kommt der sonst Friedensapostel wie folgt zum Wort: "Vielleicht aber entspringt eine noch schwere Frucht aus diesem Kampfe oder wird wenigstens künftig borkreieren, nämlich die, daß in gegenseitiger Kenntnis der Machtkräfte im gegebenen Falle ein rechtsgültiger Friedensschluß eintritt in Form von so genannten Tarifgemeinschaften, das sind gegenseitige Vereinbarungen über Arbeitszeit, Lohnhöhe und sonstige Arbeitsbedingungen."

Na, der Anfang wäre also gemacht. Wenn der gute Wille vorherrscht, dann werden wir ja bald die ausunternden Worte in der "Baugew.-Bdg." lesen, und nicht nur für die Tarifgemeinschaft als Form, sondern auch Erwähnungen an der Unternehmer, den Inhalt der Verträge der Wünschen der Arbeiter gewiß ausgestalten zu helfen. Die noch übermäßig vielen falschen Arbeitsbedingungen tatsächlich festzulegen, darauf sind die Arbeiter nämlich garnicht berissen. Sie werden sich im Gegenthil mit aller Entschiedenheit dagegen wehren und lieber ohne Vorbehalt Arbeitsvertrag arbeiten, als sich Jahre lang auf unzulängliche Löhne und überlange Arbeitszeit festlegen zu lassen.

Aus Stuttgart wird uns geschrieben: Bei Beendigung des Maurerkreises im Juli dieses Jahres haben die Unternehmer definitiv beschlossen, für das Jahr 1903 an den bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnissen festzuhalten und im Januar 1903 mit den Maurern einen corporativen Arbeitsvertrag abzuschließen. Auf eine, unter 27. Dezember seitens unserer Organisation erfolgte Anfrage im unter 31. Dezember die Antwort erfolgt, daß die Verhandlungen am 12. Januar ihren Anfang nehmen könnten. Es soll aber nicht nur mit den Maurern, sondern auch gleichzeitig mit den Steinbauen und Zimmerern, welche Letztere im Dezember eine Lohnbewegung beschlossen haben, und mit der "grossen" Organisation verhandelt werden. Als Vorsitzender ist Herr Dr. Göbel, Sekretär beim hiesigen Städtebauamt, vorgeschlagen, der Vorstand, umfangreiche Verhandlungen einzugehen. Hoffen wir das Beste!

\* Unternehmer als Erpresser. Die Vefler von Holzlägerplätzen von Oberberg (Marl) und Umgegend haben beschlossen, keine Arbeiter, die dem Verein der auf Holzplätzen und im Holzschlag beschäftigten Arbeiter angehören, zu beschäftigen. Die Herren im Hause stellen denjenigen Arbeitern, die Mitglieder des Vereins sind, die Wahl, entweder bis zum 15. Januar 1903 aus dem Verein auszusteigen oder die Arbeit niedergelegen. Wer nach dem 15. Januar noch dem Verein angehört, ist hiermit gesündigt und zum 15. Januar 1903 entlassen.

Ein Herr Reckhoff in Holzmar i. P. erklärt, den bei ihm beschäftigten Arbeitern: Sönde Leute, die dem Verbund angehören, können wir in unserem Betrieb nicht gebrauchen.

Entweder Austritt aus der Organisation oder Entlassung aus der Arbeit. Gegen den 15. ist bei der Staatsanwaltschaft in Schleiden Mühle Anzeige wegen Expressum gemacht worden.

\* Eine neue Unternehmer-Organisation im Nordosten Deutschlands. In der Weihnachtswoche fand in Insterburg eine Versammlung der Innungen der Baugewerksmeister aus den Kreisen Darkehmen, Goldap, Gumbinnen, Jauerburg und Königsberg statt, um einen Arbeitgeberverband für den Nordosten zu gründen. Der "Ost. B.-Bdg." wird darüber folgendes mitgeteilt: "Die Innung Westf. mit daß der Bund als fiktiv beschlossen gilt, und daß nur für die Heranziehung sämtlicher Städte und Arbeitgeber sowie Feststellung resp. Anpassung des vorliegenden Status eine Kommission mit dem Sitz in Insterburg gewählt ist. Der B.-Bdg. und die Bielefelder des Verbandes sind nicht als geschäftliche Aushebung, sondern nur als Schutz gegen die gründlichste ungerechtfertigte Streiks und Auspferungen einzelner Betriebe und Städte sowie zur Abwehr gewöhnlicher Agitationen gegen die Arbeitgeber aufgebaut."

Wenn die Herren vom Bielefeld, Stolp und Wittenbergen etwas hätten unterschreiben wollen, dann wäre es zunächst nötiglicher gewesen, sie hätten einen Verein der Arbeitgeber und der deutschen Sprache gebildet und sich selber gleich davon ausgeschlossen. Es ist wirklich erstaunlich, mit welcher Unverantwortlichkeit gewisse Unternehmerekreise sich annehmen, darüber zu urtheilen. Die Unternehmer sind, die etwas geleert haben, so ist dies auch schon fast genug, sie können sich aber immer darüber berufen, daß sie vermöge ihrer besseren Bildung eher dazu befähigt seien. Wenn aber Ignoranten, die nicht ein paar Seiten schreiben können, ohne der deutschen Sprache fürchterlich Gewalt anzutun, ein solches Recht sich annehmen, so verfallen sie dem Blush der Lächerlichkeit.

Aber es ist ja den Herren Vereinsgründern auch nur darum zu thun, alle Forderungen zurückzuweisen und eventuell mit brutaler Gewalt und mit Hilfe des Polizeiappells zu unterdrücken. Es ist ödes, fadenscheinig, was die Unternehmer sich da von ungerechtfertigten Streits zusammengeschmiedet haben, inszenieren sie ja noch keine Gelegenheit gehabt haben, Streits ob ihrer Berechtigung zu prüfen; sie wird ihnen aber hoffentlich in diesem Jahre in Hülle gehoben werden; wir werden sie dann weiter sehen. Der Einigkeit in der deutschen Maurerbewegung wird durch solche Vereinsgründungen kein Abbruch gehan- se fügen im Gegenheil nur durch die Thätigkeit der gewiss- mächtigen Agitatoren Felsischer Oberbank gestärkt werden.

### Aus anderen Berufen.

\* Kongress und Generalversammlungen anderer Berufe. Die Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher und Weißbinder hält ihre neunte Generalversammlung am 31. März bis insl. 3. April in Berlin ab. Diese wird sich, außer den Vertretern des Hauptvorstandes, aus circa 52 Delegierten, die in 4 Wahlbehälterungen zu wählen sind, zusammensetzen. — Die 16. Generalversammlung des Centralverbandes der Baumwolle und verwandten Gewerbegeissen Deutschlands findet vom 31. März bis 4. April 1903 in Berlin, „Arminius“, Kommandantenstraße statt. — Ein Kongress der Gasarbeiter Deutschlands soll am 18. April 1903 in Berlin abgehalten werden. Der hauptsächlichste Punkt der Tagesordnung ist die Förderung des Abschlußtages. — Der Vorstand des Centralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrs- arbeiter beruft die dritte Generalversammlung des Verbandes auf den 11. April 1903 und folgende Tage nach Bamberg in Tübingen zusammen. — Die Generalversammlung des Centralverbandes der Bau-, Erd-, Biegel- und gewerblichen Hässlerarbeiter Deutschlands findet von 31. März bis insl. 4. April in Berlin im Gewerkschaftshaus statt.

\* Ein empfindlicher Schlag ist dem englischen Gewerkschaftswesen verliegt worden. Der „Taff Vale“-Gesetzschutz des englischen Vorobergerichts, wonach eine Gewerkschaft nach englischem Recht für die Handlungen ihrer Mitglieder zivilrechtlich verantwortlich zu machen ist, hat nunmehr seine erste praktische Anwendung gefunden. Die Taff Vale Railways Company war gegen den Gewerksverein „Vereinigter Verband der Eisenbahnbetriebsleuten“ auf Schadenersatz von 27 000 Pfund Sterling (M. 640 000) verklagt worden, die ihr wegen angeblicher Verabredung der Mitglieder des Verbandes zum Ausland entstanden sein sollten, welcher im August 1900 bei der genannten Eisenbahn eintrat. Ein Londoner Gericht hat nun eine der Gesellschaft zulässige Entscheidung gefällt, was Veranlassung geben könnte zu einem Platzenkönig von Prozessen gegen die englischen Gewerkschaften. Es wird einer merlichen Fortänderung und erheblichen Anstrengung der englischen Gewerkschaften bedürfen, wollen sie diesen Schlag abwehren.

\* Staleniene Gewerkschaftsbewegung. Im „Correspondenzblatt“ wird ein informativer Artikel über die italienischen Gewerkschaften veröffentlicht. Die Organisationen der lombardisch-venezianischen Arbeiter zählen in 1293 Sektionen 240 000 (26 800 weibliche), der industriellen und im Handel beschäftigten Arbeiter in 1171 Sektionen 147 689 (17 364 weibliche), der Transportarbeiter in 70 Sektionen 59 400 (100 weibliche), der öffentlichen Staats- und Gemeindebetrieben bedienten Arbeiter in 177 Sektionen 19 206 (2200 weibliche) und sonstige Arbeiterkategorien in 60 Sektionen 15 000 Mitglieder. Die Gesamtsumme ergibt 2768 Sektionen mit 480 689 Mitgliedern, darunter 47 464 weibliche. Herabgeschränkt werden muss, daß hierunter die sehr große Zahl von Arbeitsmännern mit ihren Mitgliedsquoten eingeschlossen ist, die als gewerkschaftliche Organisationen nicht angesehen werden können. Zahlreicher geht es 21. Die städtische Gewerkschaft ist die der Metallarbeiter mit rund 50 000 Mitgliedern. Der anfangs November in Mailand abgehaltene italienische Gewerkschaftskongress hat sich mit der Errichtung einer Gewerkschaftskommission, die der deutschen Generalkommission nachgegliedert werden soll, beschäftigt. Auf der Tagesordnung dieser für die weitere Entwicklung der italienischen Gewerkschaftsbewegung ungemein wichtigen Zusammenkunft standen folgende Punkte: 1. Errichtung eines nationalen Gewerkschaftsausschusses und eines Nationalsekretariats der Arbeitsmänner und der Gewerkschaften. 2. Reglement und Ausschreibung des Sekretariats. 3. Wahl der Mitglieder des Sekretariats. 4. Die nothwendigsten Sozialgesetze. 5. Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der unproduktiven Ausgaben des Staates. 6. Die Auswanderungsfrage. 7. Die Pflege der Statistik. 8. Verschiedenes. Der Kongress hat den nationalen Zusammenschluß der Berufsverbände untereinander und mit den Arbeitsmännern zugestimmt und einen Nationalrat der Gewerkschaften (Consiglio nazionale delle Federazioni di resistenza), den je ein Vertreter der 26 Verbände angehört, sowie ein Landeskonservatario (Segretario centrale delle Camere del lavoro e delle Federazioni di resistenza) eingesetzt. Seit Sis ist Mailand (Abteilung: Milano, Via Crocifissa 19), als Sitz wurde Cabini genannt. Diese Centralisation der italienischen Gewerkschaften ist ein direkter Erfolg der internationalen Konferenz der Gewerkschafts-Landesföderation zu Stuttgart im Juni vorigen Jahres.

### Polizei und Gerichte.

\* Die Ehre eines Bauherrn sollten die Maurer Malinca und Graßmann in Königberg i. Pr. in einer Versammlung, die während des Maurerkreises im verschlossenen Sommer stattfand, angegriffen haben, weshalb gegen sie die Besleidungslage anhängig gemacht wurde. Die beiden Söhne hatten die von „Arbeitswilligen“ und Lehrlingen hergestellte Arbeit an einem Neubau etwas scharf kritisiert und dabei behauptet, der Bau werde eine Stütze, wenn die Behörde nicht eingriffe. Die Behörde nahm darauf Rücksicht, den Bau unterzubringen zu lassen. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht gab Regierungsbaurmeister Max Graf als Zeuge zwar zu, daß auf dem Bau geschlechterlich lobt, gemaßt sei, aber solche Abweichungen kämen vor. Es wäre das garnicht so schlimm. Die Angestellten hätten wissen müssen, daß ein Unglüx, wie sie es vorauszusehen angaben, dadurch nicht entstehen könne. Der Zeuge schien sogar die Fähigkeit der Angestellten, solche

Sachen richtig zu beurtheilen, anzuzweifeln. Die beiden Angestellten verteidigten sich in äußerst geschildeter Weise. Sie beweisen nicht ihrerseits als alte Maurer, daß der Baumeister genügend praktische Erfahrungen habe, um solche Behauptungen aufzustellen, sodass eine formelle Debatte über Theorie und Praxis der Baufunktion stattfände. Das Gericht kam nach längerer Beratung zu der Überzeugung, daß die Angestellten berechtigt waren, die Fehler des Baues zu kritisieren und die Behörde zur Untersuchung der Ausgelegenheit aufzufordern. Sie handelten dabei in Wahrnehmung berechtigter Interessen. Deshalb sei Graßmann freigesprochen. Malinca habe aber durch die Form seiner Kritik den Bauherrn beleidigt und müsse deshalb bestraft werden. Das Gericht hieß daher für ihn auf eine Strafe von M. 10 erkannt.

### Eingegangene Schriften.

\* „Neue Zeit“ (Stuttgart, Dieg. Verlag). 14. Heft des 21. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Hefts haben wir herover: Der erste Fall berät — Kartellfragen. Von Heinrich Tunow. — Vierzig Jahre Darwinismus. Von Wilhelm Böhlée. — Die amtliche und die gewerkschaftliche Streitfragen. Von Karl Legien. — Ein amerikanisches Monat-Epos. Von Dr. M. Bach (London). — Splitter. — Literarische Rundschau. Von W. Reinhard. — Der Mensch als Thiere und seine Triebe. — Notizen: Die Gewerkschaften in Frankreich.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolonialwaren zum Preise von M. 2.25 pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungsvorlesung der Postanstalten ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 5575 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonnirt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern liegen jederzeit zur Verfügung.

\* Das Gewerbegericht, Monatsschrift des Verbands Deutscher Gewerbegerichts. Herausgeber Dr. Salstrom, Charlottenburg-Berlin, Dr. Fleck, Frankfurt a. M. (Verlag von Georg Reimer in Berlin). Die Beilage enthält in Nr. 4 des 8. Jahrgangs außer der Rechtsprechung in deutscher Gewerbe- und Berufsgerichten u. a.: Die Verhältniswelt in der Praxis I. Allgemeines. II. Die erste Verhältniswelt in Mannheim. Von Gerichtsrath Dr. Braumäger. III. Die erste Verhältniswelt in München. — Beratung und Verfahren. Urnenrecht. Erstattung der Auslagen des Gerichtsgerichts. — Schätzliche Abrechnung des Arbeitsvertrages. — Recht des Arbeitsvertrages. Gemeinschaftliche Verabredung über Vergütung bei kurzer Verhinderung (B. G.-W. § 616). — Lohnzahlung und Ausbauerpromesse.

\* Der Arbeitsmarkt, Halbjahrschrift des Zentralinstitutes für Arbeitsmarktforschung (Herausgeber Dr. F. Jaffrow, Berlin, Verlag von Georg Reimer). Die Beilage enthält in Nr. 7 des 6. Jahrgangs unter Anderem: Der Arbeitsmarkt im Jahre 1902. — Allgemeines: Internationaler Arbeitsmarkt. — Technische Hilfsmittel zur Erhöhung wirtschaftlicher Bauarbeiten. — Situationsberichte aus einzelnen Gewerben. — Statistisches Monatsmaterial. — Haushaltswesen. Lebensmittelpreise im Dezember.

### Briefkasten.

Kreuzburg, M. T. Sie müssen dort Steuern zahlen, wo Sie Ihren Wohnsitz haben.

Blauen i. B., B. Wir bitten, die Berichte künftig mit Linie zu schreiben.

St. Gallen, K. A. Das Recht haben die ausländischen Verbände nicht, sie können es übrigens auch gar nicht ausüben, da ihnen die Städte ja nicht vorgelegt zu werden brauchen.

Woldegk, C. W. Ihr Brief ist wohl infolge des starken Neujahrsverkehrs erst nach Redaktionsschluss hier angekommen.

Aus diesem Grunde konnten wir die Verjährungsanzeige nicht mehr bringen. Die Ladebücher befinden sich in der heutigen Nummer.

Halle, P. A. Sie sind im Kreisbau; beide Orte gehören zum Kreis Magdeburg.

Drohsig, M. Derartige Anzeigen werden sofort losveröffentlicht.

Nienendorf, G. Nein, lieber Freund! Berichte über Versammlungen vom 8. Dezember nehmen wir am 5. Januar nicht mehr an. Konstatiren wollen wir an dieser Stelle, daß der vorher verfasste Ladesenderbericht als richtig anerkannt wurde, und daß der Vorstand neu r. p. wiedergetroffen wurde. Weiter befagt der Bericht übrigens nichts.

Dresden, B. Was soll die Karte vom 3. 1. Todes-

angeige zur Veröffentlichung ist es nicht.

Kellinghusen, M. Der auf die Witwe entfallende Theil der Hinterbliebenrente kommt bei Wiederherstellung in Fortsetzung, jedoch erhält die Witwe in diesem Falle eine Abfindungssumme im Betrage von 60 000 Dfl. des der Rentenbemietung zu Grunde gelegten Jahresarbeitsverdienstes des Gebärdeten. Inbalidenteit hat mit der Verhörlistung nichts zu thun, sondern nur mit dem Nachweis des Bestehens oder Fehlens der Invalidität: Invalid im Sinne des Gesetzes ist derjenige, der weniger als ein Drittel des in der betreffenden Gegend üblichen Jahresarbeitsverdienstes des gleichen Arbeiters zu erwerben in der Lage ist.

Driesen, G. Sie werden hiermit freundl. erfuht, die Verjährungsanzeige nochmals einzusenden und die Namen des Wirthes und des Ortes etwas deutlicher zu schreiben.

### Quittung.

Für Anzeigen gingen von den Zweigvereinen folgende Beiträge bei der Unterzeichneten ein:

Nöbemberg: Holzhausen-Dessdorf M. — 30, Merseburg — 40, Charlottenburg (Pr.-R.) — 20, Doberan — 40, Charlottenburg — 20, Clogau — 20, Polzin — 20.

Döbeln: Meernie M. — 40, Templin — 20, Cunnersdorf — 20, Leobschütz — 20, Lauterbach — 60, Lubben — 20, Röbbeck — 1.80, Bielefeld — 20, Clogau — 20, Berlin IV 2.15, Marienfelde 2.50, Neukölln a. d. E. — 20, Neustettin — 20, Ludwigslust — 20, Schatow — 20, Prenzlau — 20.

Die Expedition des „Grundstein“.

### Zentralverband der Maurer.

#### Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

##### Abrechnung für das 4. Quartal.

Da dem im nächsten Frühjahr stattfindenden Verbandsstage bereits die Jahresabrechnung vorgelegt werden muß, so ersuchen wir, mit der Einsendung der Abrechnung besonders plünktlich zu sein.

##### Revision der Abrechnung.

Die Revizoren werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie verpflichtet sind, die Quartalsabrechnung auf ihre Richtigkeit zu prüfen und auch jeden Monat mindestens einmal die Kassen- und Buchführung zu revidieren. Sollten sich bei der Revision Unrichtigkeiten heraus, dann ist dies dem Gauborstand und auch uns sofort mitzuteilen.

##### Einbanddecken für den „Grundstein“

(Jahrgang 1902) können die Zweigvereine von uns erhalten. Der Preis beträgt M. 1 betragen. Bestellungen müssen bis zum 19. d. M. gemacht sein.

##### Inhaltsverzeichniß für den „Grundstein“.

Bei dem Jahrgang 1902 des „Grundstein“ wird ein Inhaltsverzeichniß herausgegeben. Dasselbe wird an alle Zweigvereine und Mitglieder, welche sich den „Grundstein“ für 1902 einbinden lassen wollen, unentgeltlich verabfolgt. Bestellungen sind spätestens bis zum 10. Januar d. J. zu machen. Der Verband erfolgt mit Nr. 3.

Gegen Mitte Februar erscheint auch nachträglich noch ein Inhaltsverzeichniß zu dem Jahrgang 1901. Hierauf sind Bestellungen bis spätestens den 1. Februar zu machen.

##### Neue Beitragsmarken.

Zur Quittierung der Beiträge für das Jahr 1903 ist eine neue Marke eingeführt, welche sich in Form und auch Farbe von der bisherigen Marke unterscheidet. Die alten Marken dürfen nur noch zur Quittierung rückständiger Beiträge benutzt werden.

Die neuen Marken werden wir im Monat Februar ohne vorherige Bestellung.

Beziehe, welche einen regelmäßigen drüslichen Zuschlagsbeitrag erheben, werden ersucht, uns frühzeitig Mitteilung zu machen, damit wir die dazu erforderlichen besonderen Marken anstrengen lassen können.

##### Neuwahl der Zweigvereinsvorstände.

§ 2 a 5. Absatz des Statuts bestimmt über die Neuwahlen der Zweigvereinsvorstände, daß dieselben alljährlich, nachdem für das vierte Quartal abgerechnet ist, statzifiziert haben, aber spätestens bis zum 1. März erfolgt sein müssen.

Wir ersuchen, die Neuwahlen baldmöglichst zu veranlassen und die Wahlprotokolle einzulegen.

Sollte in den in letzter Zeit gegründeten Zweigvereinen eine Neuwahl nicht für zweckmäßig gehalten werden, dann muß trotzdem das Wahlprotokoll ausgefüllt und eingefüllt werden, weil es zur Auftiterung eines neuen Zweigvereins und Adressen-Verzeichnisses gebraucht wird.

##### Vorschläge zu Vertrauenslenten für die Einzelmitglieder in Sachsen.

Für Orte in Sachsen, in denen keine Zweigvereine, sondern nur Einzelmitschaften bestehen, werden wir auch für 1903 Vertrauenslenten ernennen. Diejenigen beobachtigten Vertrauensleute werden ersucht, baldmöglichst eine Versammlung der Einzelmitschaften einzuberufen, in der Kollegen bestimmt werden, welche uns in Vorschlag gebracht werden sollen. Sobald das geschehen, werden wir einen Kollegen zum Vertrauensmann ernennen und denselben mit einer Vollmacht ausstatten.

##### Chremittglieder.

Chremittglieder erhalten das neue Mitgliedsbuch von uns ausgestellt. Zu diesem Zweck sind die Mitgliedsbücher der Chremittglieder spätestens bis zum 1. Februar 1903 einzubinden.

**Vom Verbandsvorstande bestätigt** sind die neu gewählten Verbandsmitglieder der Zweigvereine welche bisher Mitteilung gemacht haben.

##### Als verloren gemeldet

finden die Mitgliedsbücher der Kollegen Gustav Müller, geboren 5. November 1868 (Buch-Nr. 110 556), Fritz Hintze, Ehrenmitglied, Berlin-Siegels (077 361), Paul Sylvester-Düsseldorf (088 156).

##### Ausgeschlossen

finden auf Grund § 18 a des Statuts vom Zweigverein Meerane: Mich. Bemisch (Buch-Nr. 142 527), Mich. Badmann (054 973); Königsberg i. Pr.: Gustav Schwanger (244 462); Münster i. Westfalen: Franz Schwarz (142 872); Dresden: Otto Pippich aus Erbach (288 588) und Emil Scharlach aus Larhorst (179 246).

**Die Auszahler der Reiseunterstützung** werden hierdurch erfuht, den Mitgliedern August Mühlb (neue Buch-Nr. 87 870) und Ludwig Bohnack (neue Buch-

